1 H 3752 C

Erscheint wöchentlich freitags

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 28 vom 16. Juli 1982 | 16. Jahrgang | 1 DM

Wachsende Teilnehmerzahlen — verbuchen, endlich, die immer zahlreicher werdenden Demonstrationen, Kundgebungen und Veranstaltungen in der Bundesrepublik gegen den israelischen Überfall auf den Libanon. Es wird zweierlei deutlich, was mehr Menschen zur Teilnahme bringt: daß es sich tatsächlich um einen israelischen Vernichtungsfeldzug handelt und daß es nicht ein ferner Krieg ist, sondern daß NATO, USA und EG hinter dem Aggressor stehen und die Bundesregierung den Kriegsverbrecher Begin unterstützt.

Hungerblockade um Beirut dauert an

Begin — Kriegsverbrecher

USA und EG-Staaten finanzieren Überfall

Rund fünf Wochen dauert nun schon der Überfallskrieg Israels gegen den Libanon. Ausgehandelte Waffenstillstände werden von den israelischen Bomberflotten und Kanonen mit steter Regelmäßigkeit gebrochen. Westbeirut liegt schon weitgehend in Schutt und Asche — alleine in diesem Bereich der Stadt sind schon mehrere Tausend Todesopfer zu beklagen, wie von neutralen Beobachtern bestätigt wird. Jegliche Hilfeleistung an die Stadt wird von Israels Armee zusammen mit den maronitischen Milizen Gemayels verhindert. Seuchen und Rattenplagen breiten sich aus.

Weltweit mehren sich die Proteste gegen diesen regelrechten Völkermord. Völkermord ist nicht übertrieben, denn die Palästinenser sollen ausgemerzt werden — warum sonst täglich Bombenteppiche, warum sonst wird Wasser, Strom und Lebensmittelzufuhr verhindert, Krankenhäuser bombardiert?

Zu Recht forderten Sprecher der PLO die arabischen Ölstaaten auf, gegen die USA und die EG-Staaten, die Israels Angriff durch Finanzhilfe an die fürs Militär geleerten Kassen überhaupt erst möglich machen, einen Ölboykott zu verhängen. Zu Recht fordern immer mehr Menschen in Europa — auch eine wachsende Zahl jüdischer Bürger — die Hilfe an Israel zu stoppen. Bonn tut sich dabei einmal mehr traurig hervor — Kanzler Schmidt persönlich verhinderte innerhalb der EG jegliche Maßnahme, um Israel am weiteren Krieg zu hindern — das


Beirut brennt — angezündet hat Begin

Geld dagegen läuft weiter nach Tel Aviv. Tausende von Menschen forderten in den letzten Tagen verstärkt den sofortigen Stopp dieser Hilfe

Die Vernichtung der PLO und die „Neuordnung" im Libanon, Begins Ziele in seinem unerklärten Überfallskrieg auf den Nachbarstaat — das sind verbrecherische Ziele, die nur auf Kosten Zehntausender von Todesopfern unter Palästinensern und Libanesen zu erreichen sind. Das muß verhindert werden! Sofortiger Stopp der Israelhilfe! Boykottmaßnahmen gegen Israels Kriegsmaschine! Anerkennung des Rechtes der vertriebenen Palästinenser! Alles das sind keine antisemitischen Forderungen, wie sich der Massenmörder Begin und mit ihm die westdeutschen Medien ereifern, sondern das ist der einzige Weg, am Brandherd Nahost zum Frieden zu kommen!

„Operation '83" stoppen

DGB-Basis drängt auf Aktionen

DÜSSELDORF. — Empörung und scharfe Proteste haben die Sparbeschlüsse der Bundesregierung zum Haushalt '83 in den Gewerkschaften hervorgerufen. Unter dem Druck der Basis und entsprechend einem Beschluß des DGB-Kongresses (der im vergangenen Mai in Westberlin getagt hat) kündigte die Gewerkschaftsführung jetzt bundesweite Aktionen gegen die „Operation '83" an. Der September soll Aktionsmonat werden.

Der DGB-Bundesausschuß (das höchste DGB-Gremium zwischen den DGB-Kongressen) verabschiedete am Mittwoch letzter Woche eine Entschließung zum Haushalt '83, in der es heißt: „Die vorgesehenen Belastungen und Einschnitte in das soziale Netz treffen in erster Linie Arbeitnehmer, Rentner, Kranke und Arbeitslose, während die von diesem System profitierenden Selbständigen und Freiberufler praktisch ungeschoren bleiben."

Die Entschließung hielt ferner fest, „daß der DGB und seine Gewerkschaften ihre Funktionäre und Mitglieder und darüber hinaus alle Arbeitnehmer durch eine breite Aufklärungsaktion umgehend über die Beschlüsse der Koalition und ihre unsozialen Auswirkungen informieren".

Allerdings gibt es unübersehbare Zeichen dafür, daß die DGB-Führung eine konsequente gewerkschaftliche Gegenwehr nicht wünscht, sondern den Protest darauf begrenzen will, mit Appellen die Politiker und Parlamentsabgeordneten „zur Einsicht zu bewegen".

Demgegenüber fordern die aktiven Gewerkschafter der Basis einen konsequenten Kampf. So heißt es in einer Resolution der Betriebsräte von Bosch in Reutlingen: *„Wir verlangen, daß Taten folgen, daß konkrete, eindrucksvolle Aktionen organisiert und durchgeführt werden. (...) Wenn nötig, müssen alle unsere Mittel bis zum letzten eingesetzt werden."* (Siehe auch „Kommentar der Woche" auf Seite 2)

Abrüstungsspektakel für die Katz

USA und UdSSR sabotierten UNO-Konferenz

Gescheiterte Konferenzen —1

Am letzten Wochenende ging in New York das Spektakel der UNO-Abrüstungskonferenz zu Ende. Eine Konferenz, die, wie der offizielle Sprecher aus dem Irak sagte, vollständig gescheitert ist. Sofort entbrach dann der Streit darüber, wer für dieses klägliche Scheitern verantwortlich ist.

Während die USA und die UdSSR sich gegenseitig vorwarfen, die Verantwortung für das Scheitern zu tragen — und dabei von ihren jeweiligen Blockpartnern unterstützt wurden — klang es aus den Reihen der Delegierten blockfreier und unabhängiger Staaten ganz anders.

Beide hätten den Konferenzverlauf diktieren wollen, beide hätten es der UNO striktweg verboten, etwas zu ihren eigenen zweiseitigen Abrüstungsgesprächen in Genf zu sagen. Die Konferenz sei an der Arroganz der beiden Großmächte gescheitert, hieß es bei zahlreichen Stellungnahmen. All dies, so unterstrich der Sprecher abschließend, zeige nur, wie weit die Wünsche der Menschen in der ganzen Welt und die Politik ihrer Regierungen auseinanderlägen.

Es zeugt aber auch davon, wie wenig die beiden imperialistischen Supermächte sich noch um Form oder Eindrücke kümmern. Sie kommen zu solchen Spektakel, um sich darzustellen und um zu verhindern, daß Konkretes geschieht. Die USA war zu gar nichts außer hohlen Erklärungen bereit, verbunden mit Attacken auf die UdSSR. Diese wiederum machte zwar einen Vorschlag, sperrte sich aber gegen alle anderen Vorschläge als den eigenen.

Abrüstung und Friedenssicherung von solchen Konferenzen zu erwarten, die unter dem Diktat dieser beiden Staaten stehen oder gar von Verhandlungen, an denen nur sie beteiligt sind, das hat sich hier sehr deutlich gezeigt, das ist eine gefährliche Illusion.

Kaum verhaltener Jubel in den westdeutschen Medien

OPEC am Ende?

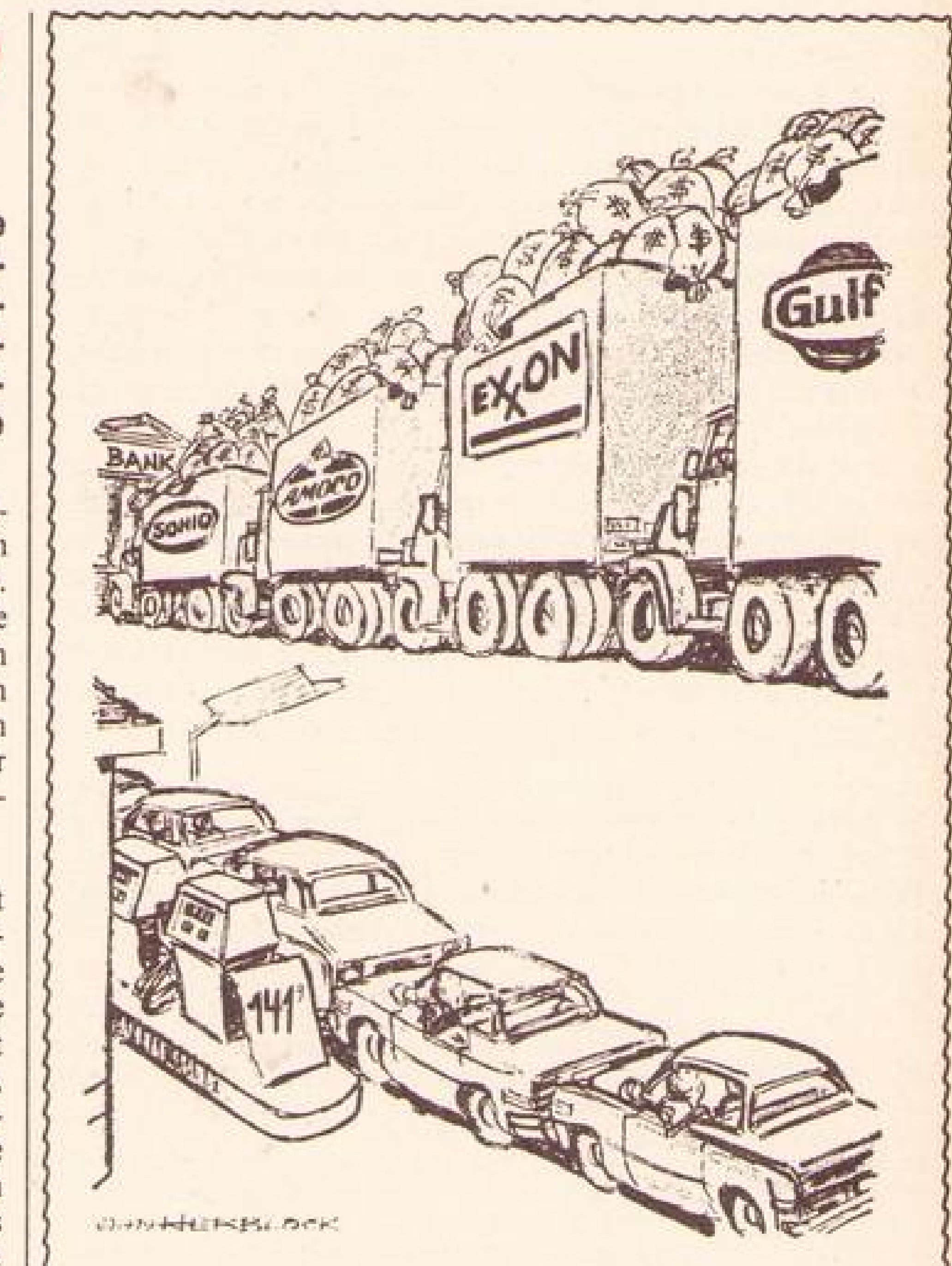
Gescheiterte Konferenzen —2

Die OPEC-Konferenz am letzten Wochenende brachte den offenen Eklat — die Sauds weigerten sich, irgendeiner gemeinsamen Maßnahme der Erdölproduzierenden Staaten zuzustimmen und sprengten somit faktisch dieses Erzeugerkartell endgültig. „Die Preisdiktatoren" sind gescheitert — in diesem Tenor waren die Kommentare der westdeutschen Medien.

Nachdem man jahrelang versucht hat, der Öffentlichkeit weiszumachen, es seien die OPEC-Staaten, die sich zusammengeschlossen hatten, um die Konkurrenz untereinander zu verhindern und den damaligen Spottpreis, den sie erhielten zu verbessern, es seien also diese Staaten, die für die Rekordteuerung auf dem Ölmarkt verantwortlich eien, liegt diese Reaktion nun auf der Hand.

Aber allzu triumphal sind die Meldungen auch wieder nicht, und das hat seinen Grund. Wenn, angeführt von Saudi-Arabien, das dadurch einmal mehr seine Rolle als bester Partner der US-Multis spielt, die Mengen der täglichen Förderung allseitig erhöht werden und die Saudis zu selben Zeit ihr Öl billiger anbieten, dann müßte ja eigentlich, wenn's denn wirklich an der OPEC lag, das Benzin beispielsweise in den nächsten Wochen wieder rapide im Preis sinken. Wird es aber nicht. Denn die Preise werden eben nicht von der OPEC gemacht, sondern von den Ölmultis, die in den letzten zehn Jahren — seit der sogenannten 73er Ölkrise — ihre beste Zeit hatten.

Die Freude in der Presse gilt ja auch nicht der Erwartung sinkender Preise, sondern es ist die Freude darüber, daß das einzige Kartell, das Erzeugerländer mit gewissem Erfolg organisierten, unter dem Druck der angloamerikanischen Ölmonopole und der von ihnen eingesetzten Politiker am zerfallen ist, was der Wirtschaftsmacht der USA vor allem zugute kommen wird, die sich wieder offener als Diktator am Ölmarkt aufspielen können.



Freude über den Schritt der Sauds — nur bei den Chefs der Ölmultis ist sie berechtigt

Kommentar der Woche

„Die Armen müssen für die Reichen sparen." Mit diesen Worten kennzeichnete der IGM-Vorsitzende Loderer in einem Kommentar in „metall" kürzlich den Regierungsentwurf für den Bundeshaushalt '83. Eine durchaus treffende Aussage. Und Loderer schreibt weiter, dieser neuerliche Einschnitt in das soziale Netz bringe „das Faß der Geduld in der Arbeitnehmerschaft zum Überlaufen".

Ist jetzt also endlich Schluß mit der Stillhaltepolitik der Gewerkschaftsführung gegenüber der arbeiterfeindlichen Bonner Sparpolitik? Wird tatsächlich der Beschluß des DGB-Bundeskongresses vom letzten Mai in Westberlin konsequent in die Tat umgesetzt, der die Führungsgremien des DGB und der Einzelgewerkschaften verpflichtet, „bei weiteren, gegen die Arbeitnehmer gerichteten Kürzungen und einseitigen Belastungen bundesweite Abwehraktionen durchzuführen"?

Mit allen Mitteln gegen die „Operation '83"

Loderers Worte scheinen alle Zweifel auszuräumen. Und auch das DGB-Wochenblatt „Welt der Arbeit" (WdA) verspricht in seiner Ausgabe vom 8. Juli 82 auf seiner Titelseite in fetten Schlagzeilen: „Deutliche Aussagen und wirksame Aktionen". Und im Text des WdA-Beitrages wird angekündigt: „Der Monat September wird im Zeichen öffentlichkeitswirksamer Veranstaltungen gegen die Bonner Sparbeschlüsse stehen. Das kündigte der DGB-Vorsitzende Ernst Breit auf einer Bundesvorstandssitzung des DGB am Mittwoch dieser Woche an".

Zweifellos müssen die klassenkämpferischen Gewerkschafter die Breit und Loderer hier beim Wort nehmen, wenn sie in der Gewerkschaft auf Aktionen und Kampfmaßnahmen zur Verhinderung der „Operation '83" drängen. Gleichzeitig aber darf man sich keinen Illusionen darüber hingeben, was diese Bonzen im Schilde führen. Allzuoft waren die markigen Worte dieser Leute nur das Vorspiel zu Abwiegelei und Verrat.

Und man muß sich nur etwas genauer ansehen, was sie an konkreten Maßnahmen ankündigen, um den sozialpartnerschaftlichen Pferdefuß hinter den scheinradikalen Tönen zu entdecken. So heißt es etwa in dem zitierten WdA-Artikel weiter: „Die 17 Gewerkschaftsvorsitzenden einigten sich darauf, allen Gewerkschaftern zu empfehlen, mit ihren Bundes- und Länderparlamenten zu diskutieren." Genau das gleiche wird auch in einer Entschließung des DGB-Bundesausschusses angekündigt, die dieser ebenfalls am Mittwoch letzter Woche verabschiedete.

Wie hat doch Ernst Breit bei seiner Antrittsrede als neuer DGB-Vorsitzender zu der Frage „Ordnungsfaktor oder Gegenmacht" Stellung genommen: Unsere Gewerkschaften dürften „auf keinen Fall Gegenmacht zum Parlament" sein. Das ist der Standpunkt, von dem aus die rechten DGB-Führer von jeher den politischen Kampf der Arbeiterklasse abgewürgt haben. So etwa den Kampf gegen die Wiederbewaffnung in den 50er Jahren oder den Kampf gegen die Verabschiedung der Notstandsgesetzen in den 60er Jahren. Man will die Rolle der Gewerkschaften im politischen Bereich auf Appelle an die Parlamentarier im Rahmen der bürgerlich-parlamentarischen Spielregeln beschränken. Politische Streiks werden von dieser Position aus als „ordnungspolitisch untragbar" abgelehnt.

Auch Eugen Loderers Kommentar in „metall" bewegt sich genau in diesem Rahmen. Bezeichnend ist schon die Überschrift „Ohne Wähler kein Wandel". Und auch Loderer nennt als Beispiel für gewerkschaftliche Gegenmaßnahmen das Appellieren an die Bundestagsabgeordneten. Loderers Kommentar endet dann mit folgendem Satz: „Wenn die Arbeitnehmer von den Gewerkschaften wirksame Hilfe erwarten, dann müssen sie selbst als Wähler für politische Mehrheiten sorgen, die für die gewerkschaftlichen Forderungen aufgeschlossen sind."

Das ist deutlich genug! Das kann nur darauf hinauslaufen, jeden konsequenten gewerkschaftlichen Kampf gegen die Bonner Sparpolitik abzuwürgen und auf gewerkschaftliche Gegenmacht zur Verhinderung der „Operation '83" freiwillig zu verzichten.

Deshalb gilt es, wachsam zu bleiben und den Druck in der Gewerkschaft zu verstärken. Wir müssen das erreichen, was die Betriebsräte von Bosch/Reutlingen und Rommelsbach in einer Resolution so formuliert haben: „Die am 7. November 1981 in Stuttgart durchgeführte Protestveranstaltung sollte da als Beispiel dienen und in ähnlicher Form als Auftakt durchgeführt werden. Aber dabei darf es nicht bleiben. Wenn nötig, müssen alle unsere Mittel, bis zum letzten eingesetzt werden."

Hanfried Brenner

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Andernfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.



Dunkle Gestalten arbeiten vor der DDR-Handelsvertretung, aber es sind keine Rechten, die da am Werke sind...



...sondern, man kann schon ahnen, was es wird...



...Genossen, die eine Solidaritätsaktion mit den verhafteten und verurteilten Kommunisten in der DDR machen. Ja, sie sollen keine Ruhe haben, die Honecker-Leute.

Solidaritätsaktion mit DDR-Genossen in Haft

Zugemauert

Liebe Genossen,

schon lange hatten wir überlegt, was wir dazu beitragen können, daß die DDR unsere Genossen nicht so still und leise in den Knast abschieben kann.

Bis dann einer auf die Idee kam, wenn die unsere Genossen hinter Gefängnismauern sperren, mauern wir sie doch auch ein. Das war gut. Ausgesucht wurde die Handelsvertretung der DDR in Düsseldorf (Bonn war dafür ein Kaliber zu groß).

Der Eingang ausgemessen (der Mann mit dem Klavier kommt): 296 x 300 und 40 tief. Stein gekauft: handliche Größe 49 x 24 x 7,5 und leicht, 5-Minuten-Schnellkleber, die Steine wurden vorgemauert. (Dadurch wußten wir auch, wie schnell wir sein mußten.) Die Parole vorgeschrieben.

Nachts um 3.00 Uhr ging es dann los: Fünf Minuten vorher anhalten, Kleber anrühren (bis wir da sind hat er sich abgesetzt), vorfahren. Zwei von uns setzen die Steine raus, einer trägt schon den Kleber auf, den Wagen weg, und der Rest geht so schnell, daß der Fotograf kaum mitkommt. In sieben Minuten steht unsere Wand, die Parole stimmt noch (nummeriert!). Hoffentlich geht die Türe nach außen auf (ein Licht geht an).

Zufrieden und leicht übereilt trollen wir uns davon. Im Wagen sagt einer, wir haben es doch gut: In der DDR bekommst du dafür zehn Jahre. Die Stimmung ist heiter bis übermütig. Ein Fläschen Bier wird noch geköpft, dann geht es ab ins Bett. Die Glücklichen, die Spätschicht haben.

Gestunken haben wird es ihnen schon. Die einheimische Presse hat es leider versäumt, dieses denkwürdige Ereignis aufzunehmen. (Das steigert den Wert unserer Fotos.)

Vielleicht fällt uns noch was ein.

Eure Rheinländer

Erfolgreich gegen Lohngruppe 2

MÖNCHENGLADBACH. — Fünf Jahre lang haben sich sieben Arbeiterinnen der elektrotechnischen Werke Groschopp gegen eine Bezahlung gemäß Lohngruppe 2, der sogenannten Leichtlohngruppe, zur Wehr gesetzt. Anfang Juli hatten sie vor dem Arbeitsgericht Mönchengladbach Erfolg.

Mit Unterstützung von Gewerkschaftern der IG Metall, der IG Druck und des Groschopp-Betriebsrates zogen die Frauen ins Gericht, auf Transparenten machten sie auf ihre Forderungen und ihre Arbeitssituation aufmerksam. Bei ihrer Arbeit müssen sie 300 mal am Tag etwa acht Kilo schwere Teile heben. Dafür, so führten sie aus, stehe ihnen ein Stundenlohn der Gruppe 4 oder 5 zu.

Das Gericht gab ihnen recht: Ihre bisherigen Löhne seien für diese Tätigkeit nicht angemessen, mußte es zugestehen.

In einer Solidaritätserklärung der IG Druck und Papier Neuss wurde darauf hingewiesen, daß noch immer die Klage von 52 Kolleginnen der Vereinigten Papierwerke Schickedanz auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit läuft. In diesem Prozeß, der bereits bundesweit Aufsehen erregte, wird für den 25. August dieses Jahres der Urteilsspruch des Bundesarbeitsgerichtes erwartet. Gleichzeitig wurde betont, daß ein etwa negativer Ausgang des Prozesses den Kampf nicht aufhalten wird.

PLO-Vertreter sprach

Aktive Solidarität mit dem palästinensischen Volk

(Bericht eines Schweinfurter Genossen)

Rund 60 Menschen hatten sich am vergangenen Samstagabend zu einer Veranstaltung der Friedensinitiative Schweinfurt gegen Israels Überfall auf den Libanon versammelt. Auf dieser Versammlung sprach ein Vertreter der PLO, der am Tag zuvor bereits in Bamberg gesprochen hatte.

Die Teilnehmerzahl der Veranstaltung ist für Schweinfurt beachtlich. Um so mehr, als es innerhalb der Friedensinitiative auch Kräfte gab, die mit einer solchen Veranstaltung nicht einverstanden waren — zwar sprachen sie sich nicht endgültig und offen dagegen aus, aber sie leisteten sozusagen passiven Widerstand und boykottierten weitgehend. Das waren zum einen Vertreter der dortigen Grünen, die es für sinniger fanden, zur selben Zeit einen „Schweigekreis" durchzuführen, und auch Mitglieder der DKP, die — entsprechend ihrer Parteilinie — dagegen waren, daß die Friedensinitiative sich etwas anderem widme als dem Nachrüstungsbeschluß. Was schon in anderen Städten aus Anlaß der Ereignisse im Libanon zu sehen war: Man beschränkt sich auf großartige Solidaritätsartikel in der UZ, stemmt sich aber dagegen, daß gerade in Friedensinitiativen etwas gegen den Krieg in Nahost praktisch läuft. Aus diesem Spektrum waren dann auch nur eine Handvoll Teilnehmer anwesend — um so mehr aber waren interessierte Menschen gekommen, auch einige türkische Kollegen, die eine intensive Diskussion wollten und informiert sein wollten.

Wie auf der Kundgebung am Freitag, den Tag vorher, an der sich knapp 50 Menschen beteiligt hatten, standen auch hier die Forderungen nach dem sofortigen Abzug der israelischen Truppen, dem Selbstbestimmungsrecht für das palästinensische Volk, der Anerkennung der PLO durch die Bundesregierung im Mittelpunkt, wurde die Hilfe der BRD für Israel und die gesamte dementsprechende NATO-Politik kritisiert. Auch über Israels strategische Rolle beim Kampf ums Öl wurde diskutiert.

Es war vor allem der Handvoll Genossen der KPD und des BWK und den *Volksfront*-Mitgliedern zu verdanken, daß diese Aktionen, Kundgebung und Veranstaltung zustandekamen. Die Genossen der KPD und des BWK hatten vorher schon damit begonnen, in Betrieben eine kleine Geldsammlung zu organisieren, wobei bei Fichtel & Sachs etwa 200 Mark, vor allem von ausländischen Kollegen gespendet wurden. Zusammen mit den Sammlungen auf Kundgebung und Veranstaltung ergab dies eine Summe von etwa 550 Mark, die bei weiteren Aktivitäten auf 1000 Mark hochgesammelt werden soll und dann dem Roten Halbmond zur Verfügung gestellt wird.

Demonstration in Hamburg „Gegen die israelische Aggression"

Am Freitag, den 12. Juli um 17 Uhr
Ort: U- und S-Bahnhof „Sternschanze"
Es rufen zahlreiche progressive und revolutionäre Organisationen, darunter auch die KPD.

Wichtig!

Kommunistische Oppositionelle in der DDR verhaftet

Informationen und Dokumente

Broschüre mit Informationen und Dokumenten über die Arbeit der Sektion DDR der KPD und ihrer politischen Verfolgung durch die DDR-Behörden. Herausgegeben und zu beziehen vom Solidaritätskomitee mit den verhafteten kommunistischen Oppositionellen in der DDR bei: Horst-Dieter Koch, Geßlerstr. 14, 4600 Dortmund 1. Preis: 2,— DM

„Roter-Morgen"- Erzählwettbewerb

Nicht vergessen: Der Erzählwettbewerb aus Anlaß unseres Pressefestes am 25./26. September in Dortmund läuft noch, und wir freuen uns über jeden Beitrag! Bis es so weit ist, werden wir in jeder Ausgabe des „Roten Morgen" wenigstens einen Beitrag abdrucken. Diesmal ist es eine Erzählung aus Frankfurt, von einem KPD-Genossen, die sich mit dem Eingreifen seiner Ortsgruppe in den Streik und die Betriebsbesetzung bei Rockwell Golde befaßt.



RM-Erzählwettbewerb

DER BETRIEB IST BESETZT!

Es begann an einem Freitag mitten im April...

Abends, es geht langsam auf halb acht zu, sitzen in dem Hinterraum einer Bornheimer Kneipe einige Leute. Sie unterhalten sich, trinken an ihrem Brier, rauchen. Auf einem Tisch an der Seite des Raums liegen Papiere und Zeitungen aus. Langsam beginnt sich das Hinterzimmer zu füllen... Es ist ziemlich laut, Gesprächsfetzen schwirren durch den Raum und man bekommt langsam mit, daß es sich hier um gewerkschaftliche Dinge dreht. Vorne, an der Spitze des Raums, sitzen an einem Tisch drei, die in ihren Papieren rumblättern und recht ernst dreinblicken. Der eine von ihnen schaut öfters auf seine Uhr, der andere kaut an seinen Fingernägeln rum, und wenn man genau hinhört, so kann man den einen vor sich hinfluchen hören: „Wo bleiben die bloß wieder alle..."

Dann, gegen acht Uhr, steht einer von ihnen auf und ruft: „Kolleginnen und Kollegen, wir warten noch fünf Minuten, dann beginnen wir!" Und tatsächlich — nach etwa fünf Minuten heißt es dann: „Liebe Kolleginnen und Kollegen, im Namen des Ortsvorstands der RGO-Frankfurt möchte ich euch sehr herzlich begrüßen". Es ist Mitgliederversammlung, und kaum hat sie begonnen, da ruft eine Kollegin in den Raum: „Stimmt es, daß die Arbeiter von Rockwell-Golde streiken und den Betrieb besetzt haben?" Einen Moment lang ist Ruhe im Saal, die RGO-Vorstandsmitglieder gucken sich gegenseitig etwas ratlos an. „Wir wissen noch nichts davon, woher hast du denn etwas gehört?" „Ja, im Radio kam heute nachmittag so eine Nachricht!" „Wenn das wirklich stimmt, das wäre ja Spitze! Mensch, wißt ihr, was wir machen?" „Wenn die Mitgliederversammlung hier fertig ist, fahren alle, die nachher noch Zeit haben, zu Rockwell Golde raus!"

Es ist schon nach 23.00 Uhr. Die ersten parken ihre Autos in der Nähe von Rockwell Golde auf der Hanauer Landstraße. Es ist dunkel bei der Fabrik, auf den ersten Blick ist nichts zu sehen. Einer von uns sagt: „Da ist wohl doch nichts los!" Wir kommen näher ran, und plötzlich sehen wir im Dunkeln ein paar Gestalten vor dem Tor. Und schon kommt einer auf uns zu. Als er vor uns steht, sehen wir, daß es ein türkischer Kollege ist. Er spricht sehr gut deutsch und er erklärt uns in kurzen Worten die Situation: „Heute mittag haben uns die Chefs ausgesperrt. Darauf sind die Arbeiter sofort in den Streik getreten!" Einer von uns fragt gleich: „Und wie geht's jetzt weiter, habt ihr jetzt eure Fabrik besetzt?" Der türkische Kollege antwortet, daß alle noch nicht genau wüßten, wie es weitergeht, daß viel davon abhängt, ob die Frühschicht am Samstag mitmacht...

Freitag, spät abends in einer Frankfurter Wohnung...

Eine Person sitzt in der Küche, löffelt an einer Suppe rum, die er sich noch gemacht hat. Man sieht ihm an, daß er sich Gedanken macht. Auf dem Teller, neben dem Teller, hat er einen Notizblock liegen. Ganz oben ist deutlich zu lesen: Wochenendsemiar der KPD Frankfurt im Taunus. Der Genosse Jürgen, Mitglied der Ortsleitung Frankfurt, geht noch einmal die Tagesordnung dieses wichtigen Parteiseminars durch. Noch einmal hakt er ab, ob auch alle Zellensekretäre und interessierte Mitglieder der KPD eingeladen wurden. Gerade will er seinen Kugelschreiber beiseite legen, da kommt seine Frau in die Küche: „Hör mal, langsam wird's Zeit für's Bett, morgen müssen wir früh raus!" „Ja, ja doch", murmelt Jürgen, „ich komme sofort, einen Augenblick noch!" Jürgen hatte keine Ahnung, daß es äußerst früh werden sollte. Er dachte, er hätte sich gerade erst ins Bett gelegt, als das Telefon klingelt. Er rappelt sich hoch — schlaftrunken — und nimmt den Hörer ab. „Was issen los?!?!?"

„Ja, hier ist der automatische Anrufbeantworter, sie wollten um 5.30 Uhr geweckt werden!" Jürgen stutzt, die Stimme kennst du, denkt er. „Hör mal, bist du das, willst du mich vereimern?" „Nee", antwortet es, „ich wollte dir nur mitteilen, daß Rockwell Golde streikt und daß du umgehend deinen Hintern aus dem Bett bewegen mußt". Ach, du liebe Zeit, denkt Jürgen, es kommt wieder alles auf einmal. Jetzt haben wir es endlich mal geschafft, ein gut vorbereitetes Parteiseminar auf die Beine zu stellen, und da streiken die Kollegen... „Ja, und was gibt's zu tun?", fragt Jürgen ins Telefon.

Felix, sein Kollege aus der Ortsleitung der KPD, antwortet ihm: „Paß auf, alle Genossen der Ortsgruppe müssen mobil gemacht werden. Kaffee und belegte Brötchen, soviel wie nur geht! Treffpunkt 8.00 Uhr, Rockwell Golde!" „Ja, aber", meint Jürgen noch, da klickt es schon in der Leitung.

Samstag früh, 6.30 Uhr vor Rockwell Golde. Die Frühschicht ist eingetroffen, alle machen den Streik mit. Mittlerweile hat es sich in Frankfurt rumgesprochen, und einige aus anderen Betrieben Frankfurts sind schon da, um den Rockwellern ihre Unterstützung kund zu tun. Das ist der Zeitpunkt, wo aus dem Streik sich dann sehr schnell die Besetzung entwickelt. Die Tore von Rockwell sind offen, am Eingang bullern die ersten Teekocher, ein Transparent hängt auch schon da: „Behaltet eure Sozialpläne, wir wollen Arbeitsplätze", heißt es da sinngemäß. Die Kollegen beginnen sich auf eine Besetzung einzurichten...

Es ist kurz nach acht. Die Genossen treffen ein, Kaffee und belegte Brötchen sind da. Die Kollegen danken's. Im Nu sind Kaffee und Brötchen vertilgt. Während die Genossen der KJD unterwegs sind, um Transparentstoff zu besorgen, sitzen ein paar Genossen im Auto vor Rockwell. Es sind die Genossen der Ortsleitung. Sie diskutieren die Lage und überlegen die weiteren Aktivitäten der KPD.

Und wie sollte es auch anders sein, schon hat Felix Kugelschreiber und Papier zur Hand, und das erste Flugblatt der Partei nimmt seinen Lauf. Schnell wird noch geregelt, wer das Layout macht, wer's druckt und wer's zu Rockwell bringt. Mittlerweile sind die jungen Genossen der KJD zurück. Gerade wollen sie anfangen, eine Parole auf das Transparent zu malen, da kommen türkische Kollegen interessiert herbei. „Eigentlich läßt es sich im Innenhof der Fabrik besser malen als auf der Straße", heißt es plötzlich, und schwupps, schon sind die KJDler in der Fabrik drin. Und sie sind gerad' so schön mitten im Parolenmalen drin, da...



An ihnen kam keiner vorbei: Die Belegschaft von Rockwell-Golde besetzte den Betrieb und verhinderte die geplanten Entlassungen.

...hält mit quietschenden Bremsen vor dem Tor von Rockwell ein BMW. Heraus springt ein dynamischer, junger Mann, an seiner Seite eine Blondine. Man sieht, daß der junge Mann offensichtlich sehr erregt ist. Zufällig steht neben dem BMW ein Genosse von uns. Er ist das erste Opfer des dynamischen jungen Mannes. „Ich bin der Personalchef, sind sie Personalangehöriger?" „Äh... äh", meint unser Genosse. „Verlassen sie sofort das Betriebsgelände!", ruft der Personalchef aus. Unser Genosse steht wie angewurzelt da. Schon ist der Chef beim nächsten. Ohweia, schon wieder ein Genosse! „Sind sie Betriebsangehöriger?" Der Genosse: „Ich bin von der Presse!" Der Personalchef: „Verlassen sie sofort das Betriebsgelände, ich werde mich bei der Presse beschweren!" Der Genosse: „Bitte schön...!" Aber da hat unser junger dynamischer Chef schon erspäht, daß im Innenhof der Fabrik etwas abging. Oh je, waren an dieser Stelle nicht gerade unsere KJDler mit dem Transparent beschäftigt? Schon spurtet der Personalchef heran. Als er dann — noch nicht ganz vollendet — auf dem Transparent liest: „Kompromißlose Verteidigung unserer Arbei..." — ist es mit seiner Beherrschung endgültig aus. „Raus, sofort raus!", kreischt er. Und schon geht sein Amoklauf weiter. Jetzt erspäht er, daß seitlich am Tor bereits eine halbe Küche aufgebaut ist. Die Küche ist illegal, ich muß sie abräumen, denkt er. Schon steht er davor und will sich ans Werk machen. Da bauen sich zwei türkische Kollegen vor ihm auf, und der Personalchef denkt plötzlich daran, was er doch schon so oft in der „Bildzeitung" gelesen hat... Nein, denkt er, nein, nein, soweit geht meine Treue zur Firma nun auch nicht, daß ich mir ein Messer in den Bauch rammen lasse. Der Personalchef ist ein kluger Mann und beginnt, sich zurückzuziehen...

Das Transparent ist mittlerweile vollendet. Die Kollegen aus der Fabrik bauen sich dahinter auf, und ein Genosse der KPD muß sie mindestens 15 mal aus allen Lagen fotografieren.

Gleichzeitig machen sich die Genossen der Ortsleitung und alle anderen auf den Weg in den Taunus. Wohin? Natürlich zum Parteiseminar! Es ist ein wunderbarer Samstag, die Sonne scheint, alle haben gute Laune. In unserem Domizil im Taunus angekommen, genießen wir erst mal die frische Luft und den Wald. Nach dem Mittagessen geht's dann los. Genosse Jürgen hält eine kurze Begrüßungsrede und schon legt Genosse Pepsi (Name leicht verändert) mit seinem Referat über Stalin's „Strategie und Taktik" los. Nach der Diskussion gibt's einen aufmunternden Kaffee und die Genossen ziehen sich auf einen lauschigen Platz im Wald zurück und lesen das erste Referat der Ortsleitung zur wirtschaftlichen und gewerkschaftlichen Lage in Frankfurt. Danach Diskussion. Viel wird an diesem Nachmittag über die Anwendung der Einheitsfronttaktik der KPD dazugelernt. Alle Genossen lernen vielerlei neue Fakten und Informationen kennen über die wirtschaftliche und gewerkschaftliche Situation in Frankfurt. Die Bedeutung und Notwendigkeit der RGO usw...

Nach dem Abendessen sitzen die Genossen schon wieder im Auto. Ab geht's, zurück zu Rockwell Golde. Und wie es der Zufall will, kaum sind wir vor dem Tor angekommen, da ist auch das Flugblatt der KPD da. Wir verteilen es, diskutieren am Tor. Mittlerweile werden Grußadressen geschrieben und Geld wird beschafft. Schon kurze Zeit später gehen ein Vertreter der Partei und der RGO zum Betriebsrat in die Fabrik hinein, um die Solidaritätsadresse und die Geldspende zu übergeben. Gespannt warten wir alle vor dem Tor. Es vergeht eine viertel Stunde, eine halbe Stunde, eine ganze Stunde... keiner von den beiden kommt zurück. „Was ist denn da bloß los?", sagt einer von uns. Schließlich wird's einem zu dumm, und er meint: „Ich geh' mal schauen, wo die bleiben."

Zuerst sieht es so aus, als würde auch der Genosse nicht wieder zurückkommen. Endlich kommt er doch und erzählt: „Stellt euch vor, die hocken im Betriebsratsbüro und quatschen und trinken Kaffee!" Schließlich sichten wir dann doch unseren Genossen und den Vertreter von der RGO. Zusammen mit dem Betriebsratsvorsitzenden stellen sie sich vor dem Tor auf, lesen ihre Grußadresse vor und übergeben die Geldspenden. Die Kollegen klatschen Beifall und freuen sich über diese Solidarität. Nur die anwesenden Leute von der DKP schimpfen... Aber ein paar Minuten später schimpfen sie noch viel mehr, als sich der Betriebsratsvorsitzende einen kleinen Scherz erlaubt und ihre Grußadresse nicht als „Deutsche Kommunistische Partei" vorstellt, sondern als „Deutsche Christliche Partei".

Wieder spät nachts im Taunus angekommen, denkt keiner von uns daran, ins Bett zu gehen. „Jetzt wird erst mal gefeiert", lautet die Devise. Na ja, die letzten, die den Weg ins Bett finden, sind auf keinen Fall mehr nüchtern.

Das haben sie aber ein paar Stunden später schon tief zu bereuen, denn um 9.00 Uhr pünktlich geht's schon weiter mit dem Seminar...

Die OL legt ihr Referat über die antifaschistische und Friedensbewegung in Frankfurt vor. Auch hier ist vieles neu für alle Genossen. Es wird gründlich diskutiert, und immer wieder wird die Notwendigkeit und die Bedeutung der *Volksfront* hervorgehoben. Am späten Nachmittag beenden wir unser Seminar. Alle sind todmüde, aber jedem war klar, wo wir jetzt anschließend noch hinfahren würden. Der Leser darf dreimal raten! Richtig, natürlich zu Rockwell Golde.

An diesem Abend nehmen wir uns vor, einen kulturellen Beitrag zu bringen. Es vergeht nur kurze Zeit, und schon sind Gitarre, Quetschkommode und Sänger da. Wir merken, daß die Kollegen sich über die Arbeiterlieder und andere sehr freuen. Mittlerweile ist auch vor den Toren großes Gedränge, denn an diesem Sonntag besuchen viele die besetzte Fabrik. Familienangehörige der Arbeiter von Rockwell, oppositionelle Gewerkschafter usw. An diesem Abend bleiben einige von uns noch lange an den Toren, weil es heißt, Polizei könnte kommen...

Im Laufe des Montags organisieren Genossen und Kollegen der KPD und der RGO weitere Solidarität. Ein Flugblatt der KPD für einige Betriebe Frankfurts wird am Abend fertiggestellt und Dienstag früh verteilt. Mitglieder der KPD und der RGO sammeln an ihrem Arbeitsplatz Geld zur Unterstützung der Rockwell-Kollegen...

Und dann kommt der Mittwoch.

Am frühen Nachmittag an diesem Mittwoch stehen zwei Personen erstaunt vor Rockwell Golde. Schon an ihrem Äußeren läßt sich unschwer erkennen, daß es sich wohl um Reporter handeln muß. Sie reiben sich verwundert die Augen, denn bei Rockwell Golde ist von einer Besetzung nichts zu sehen. Keine Transparente vor den Toren, keine Streikposten... Im Gegenteil, sie sehen, daß im Betrieb ganz normal gearbeitet wird. Ja, und da haben wir auch schon den einen Reporter erkannt. Es ist, jawohl, es ist Hannifried Brennessel, der fixe Reporter des „Roten Morgen", der Zeitung der KPD. Sollten er und sein Kollege tatsächlich zu spät gekommen sein? Damit kann sich natürlich ein Reporter des RM niemals abfinden. Ohne Reportage nach Dortmund zurück? Niemals! Was nicht sein darf, das darf nicht sein! Also pochen sie an die Pforte von Rockwell Golde an und begehren einen Einlaß. Liebe Leser, wie du dem RM Nr. 17/82 entnehmen kannst, ist das den beiden Reportern vortrefflich gelungen. Außerdem kannst du dieser Ausgabe auch entnehmen, wie der Kampf der Rockwell-Golde-Kollegen ausging, für den Fall, daß du nicht darüber informiert bist!

Nachwort:

Ich habe diesen Artikel bewußt lustig geschrieben (muß ja nicht immer alles so bierernst sein, nicht wahr?). Aber er hat auch eine ernste Seite:

Dieser Artikel soll dazu ermutigen, daß die Partei sich noch mehr auf die Arbeiterklasse ausrichtet. Die drei Betriebsbesetzungen in Frankfurt haben gezeigt, daß die Arbeiter in der Lage sind, zu kämpfen. Es hat sich gezeigt, daß die KPD unter diesen Kolleginnen und Kollegen Vertrauen erwerben kann, bekannt werden kann, wenn sie mutig — auch wenn die Voraussetzungen noch so schlecht sind — in diese Kämpfe eingreift. Natürlich soll durch diesen Artikel nicht der Eindruck erweckt werden, als hätte die KPD die Besetzung bei Rockwell Golde in irgendeiner Weise bereits geführt. Aber dadurch, daß die KPD in Frankfurt sich auf diese Dinge konzentriert, haben wir einige gute Kontakte knüpfen können. Das ist der Weg, der langsam, aber sicher, dazu führt, daß die KPD in den Augen der Kollegen wirklich zur Partei der Arbeiterklasse heranreift.

Michael aus Frankfurt

Kommt der Konkursverwalter?

„Die Löhne und Gehälter sind nur noch bis August gesichert!" „In acht bis zehn Wochen kommt es bei AEG zum Konkurs!" „Zulieferfirmen bei AEG wollen sofort Bargeld!" Zur Zeit überschlagen sich die Meldungen über einen bevorstehenden Zusammenbruch von AEG, seitdem die Bundesregierung es bisher abgelehnt hat, Bürgschaften für AEG zu übernehmen.

Und die AEG steht tatsächlich vor fast leeren Kassen. Das flüssige Geld, welches man für die laufenden Geschäfte braucht, wird angesichts der Bargeldforderungen von Lieferfirmen immer knapper. Und selbst innerhalb von AEG kommt es zwischen verschiedenen Geschäftsbereichen zu solchen Auseinandersetzungen. Und wenn mit einem Mal das Geld ausgeht, dann kann es zu einem finanziellen Zusammenbruch kommen, der sich lawinenartig ausbreiten wird. Somit wird ein Konkurs unumgänglich.

Konkurs: 40 000 Arbeitsplätze bei AEG weg! 40 000 Arbeitsplätze bei Zulieferern weg!

Tritt dieser Konkurs ein, dann bedeutet dies für uns statt einem Sterben auf Raten, wie es das Dürr-Konzept '83 vorsieht, das sofortige Aus von mindestens 40 000 Arbeitsplätzen bei AEG und nochmals 40 000 bei den Zulieferfirmen. Wieviel überhaupt übrigbleiben, weiß keiner.

Es wird ein Konkursverwalter die AEG übernehmen, und dann werden die internationalen Aufkäufer sich wie die Aasgeier auf den Leichnam stürzen. Es ist sicher kein Zufall, daß am Freitag, den 2.7. 82 der Industrieverbandchef Rolf Rodenstock, die Chefs von Bosch und Mannesmann, Egon Overbeck und Hans Merkle, und vor allem Siemens-Vorstandsvorsitzender Karlheinz Kaske, in Sachen AEG beim Wirtschaftsminister Lambsdorff waren.

Sie gehören zu den Drahtziehern der AEG-Pleite. Hinter ihnen steht die Deutsche Bank. Sie haben sich bisher die besten Teile von AEG zugeschlagen und sie haben das größte Interesse an einer weiteren Zerlegung von AEG, wenn nicht an ihrem totalen Niedergang.

Die deutsche Lösung

Dies wäre die deutsche Lösung von AEG. Siemens würde zum unumstrittenen Marktführer in der Elektrobranche. Bosch rückt von Platz 3 auf Platz 2 und Mannesmann festigt sein Engagement im Elektronikbereich. Siemens, Bosch und Mannesmann, zusammen mit der Deutschen Bank, versetzen damit gleichzeitig der Dresdner Bank einen weiteren Schlag, da sie bisher die Hausbank von AEG ist und am meisten Kapital drinstecken hat.

Am Montag, den 5.7. 82 trafen sich dieselben Herren der Industrie und der Banken zu einer Krisensitzung, um über eine deutsche Lösung zu beraten. Sie haben sich bisher dagegen gesträubt, daß ITT in die AEG einsteigt, und sie sträuben sich derzeit dagegen, daß General Electric (GEC) Anteile erwirbt. ITT und GEC werden als Arbeitsplatzvernichter großen Stils herausgestellt, und wir, die Belegschaft, sollen gegen eine ausländische Beteiligung aufgebracht werden und stattdessen für eine nationale Lösung sein.

Als wenn die Arbeitsplatzkiller nur in England oder USA oder Frankreich sitzen. Die brutalsten sitzen nämlich mitten unter uns. Spielen sie doch derzeit das Spiel mit der AEG-Pleite.

Wir sollen eingestimmt werden für einen Einstieg dieser Firmen, sie werden sozusagen als die Lebensretter von AEG am Himmel erscheinen. Und als Dank sollen wir ihnen dann 40 000 Arbeitsplätze opfern, unsere Betriebsrente und vielleicht noch viel mehr.

Kampf oder Kapitulation?

Tritt der Konkursfall ein, müssen wir sofort unsere Betriebe besetzen, ansonsten haben wir überhaupt keinen Einfluß mehr auf das weitere Schicksal unserer Arbeitsplätze und unserer Lohnforderungen. Schon die jetzigen Anzeichen eines Konkurses müßten Grund genug sein, daß die IG Metall hierzu die Vorbereitungen trifft, vor allem auch durch weitere Kampfmaßnahmen und Aktionen die gemeinsame Widerstandsfront aller AEG-Betriebe festigt.

Statt dessen tritt man in die Sommerpause und macht Funkstille. Jede Diskussion über die Möglichkeit eines Konkurses schädigt angeblich das Unternehmen. Jede Welt spricht darüber, in jeder Zeitung steht es, bloß wir, die Beschäftigten von AEG, dürfen uns nicht dazu äußern, geschweige denn uns darauf vorbereiten.

Dies ist der Weg der kampflosen Kapitulation. Und es ist sicherlich kein Zufall, daß wir auch von seiten des Gesamtbetriebsrates immer wieder hören, daß wir für eine deutsche Lösung sind. Und was heißt es, daß die IG Metall kein Makler für Kooperationspartner von AEG sei? Wir kämpfen doch bisher für eine Bundesbeteiligung und nicht für eine Beteiligung von Bosch, Mannesmann oder sogar Siemens.

Und noch eins, eine weitere Forderung unseres Kampfes ist der Erhalt von AEG-Telefunken in seiner jetzigen Form. Und auch hier wird unser Kampf bereits von der IG Metall durchlöchert. Im Bereich der Hausgeräte, der Unterhaltungselektronik und im Motorenbereich will man über AEG hinausgehende Branchenkonzeptionen. Dies heißt aber, die AEG in ihrer jetzigen Form aufzulösen. **Kolleginnen und Kollegen, seien wir wachsam!**

Unsere Forderungen sind und müssen bleiben:

Eine Zerschlagung und ein Ausverkauf von AEG kommen für uns nicht in Frage!

Konzept AEG '83 ohne uns!



Am 22. Juni demonstrierten in Westberlin mehr als 5000 Arbeiter und Angestellte von AEG-Betrieben gegen das „Konzept AEG '83", das auf die Zerschlagung des Konzerns und die massenhafte Vernichtung von Arbeitsplätzen hinausläuft.

„Der AEG-Arbeiter", Zeitung der Betriebszelle AEG-Brunnenstraße der KPD

DER AEG ARBEITER

Zeitung der Betriebszelle AEG-Brunnenstraße der Kommunistischen Partei Deutschlands

KPD

Eigendruck im Selbstverlag

Verantwortlich: Ilse Schaake, 1/65 Sprengelstraße 40

8.7.82

Arbeitslosigkeit verschärft sich weiter

Mehr als 2 Millionen Arbeitslose im kommenden Winter?

NÜRNBERG. — Kein Lichtblick auf dem Arbeitsmarkt! Im Gegenteil: Trotz der günstigen saisonalen Bedingungen hat sich die Zahl der Arbeitslosen im Juni wieder erhöht. Die Kurzarbeit hat sich in drastischem Ausmaß ausgeweitet. Die Zahl der offenen Stellen hingegen sank um die Hälfte. Der Chef der Bundesanstalt für Arbeit, Josef Stingl, rechnet damit, daß im kommenden Winter das Heer der registrierten Arbeitslosen die Zwei-Millionen-Grenze deutlich überschritten wird.

Stingl kam nicht umhin, bei der Vorlage seines Berichtes über die Entwicklung der Situation am Arbeitsmarkt einzugestehen, daß die Konjunktur weiterhin negativ verläuft. Normalerweise bringt der Juni einen saisonal bedingten Rückgang der Arbeitslosigkeit. Nicht so in diesem Jahr. Der Juni '82 brachte eine Verschärfung aller maßgeblichen Zahlen.

Gegenüber dem Mai ist die Arbeitslosigkeit im Juni nicht, wie es normal wäre, zurückgegangen, sondern hat sich um 4489 auf rund 1 650 000 erhöht. Die Arbeitslosenquote hat sich zwar mit 6,8 Prozent gegenüber 6,9 Prozent im Mai ganz leicht verringert, jedoch nur deshalb, weil die Zahl der Arbeiter und Angestellten insgesamt angewachsen ist.

Erschreckend ist der Vergleich zwischen den entsprechenden Daten von Juni '82 und Juni '81. Gegenüber dem Juni '81 waren im Juni '82 524 588 Personen mehr als beschäftigungslos gemeldet. Das heißt, die Vorjahreszahl wurde um 46,6 Prozent übertroffen! Die Kurzarbeit ist im Juni '82 gegenüber dem Vorjahresmonat um 35 Prozent angestiegen. Die Zahl der offenen Stellen ging im Juni '82 um 2500 auf 117741 zurück und ist jetzt nur noch halb so groß, wie vor einem Jahr.

Erneut überdurchschnittlich ist die Verschärfung der Jugendarbeitslosigkeit. Die Zahl der registrierten jugendlichen Arbeitslosen ist im Juni um 10015 bzw. 8 Prozent auf nunmehr 136182 angestiegen. Die Zahl der ausländischen Arbeitslosen übertrifft den Vorjahresstand mit 228 600 um 76 500 oder 50 Prozent. Die Arbeitslosenquote bei den Ausländern beträgt nun 10,9 Prozent.

Stingl wies darauf hin, daß die Lage auf dem Juni-Arbeitsmarkt in diesem Jahr so schlecht war, wie schon seit 1950, also seit 32 Jahren, nicht mehr. Im übrigen rechnet die Bundesanstalt damit, daß die von der Bundesregierung im Haushaltsplan veranschlagte Zahl von durchschnittlich 1,8 Millionen Arbeitslosen für das Jahr 1982 sich nicht halten läßt. Für den kommenden Winter rechnet die Bundesanstalt mit einem deutlichen Überschreiten der Zwei-Millionen-Grenze.

Urteil des Bundesfinanzhofs

Streikgelder sollen versteuert werden

MÜNCHEN. — Der Bundesfinanzhof in München hat jetzt die „letzte Entscheidung" in dem Rechtsstreit über die Frage der Besteuerung von Streikgeldern gefällt: Ein übles, arbeiterfeindliches Urteil, das auf die Schwächung der Gewerkschaften und auf die weitere Untergrabung des Streikrechtes zielt.

Streikgelder müssen, falls sie über die Freigrenze von 800 Mark hinausgehen, voll versteuert werden. Mit diesem reaktionären und arbeiterfeindlichen Urteil hat der Bundesfinanzhof in München die Klage eines Dortmunder Stahlarbeiters abgewiesen, der sich gegen die Besteuerung seiner von der IG Metall im Winter 1978/79 beim sechswöchigen Streik für die 35-Stunden-Woche ausgezahlten Streikgelder gewehrt hat. In erster Instanz beim Finanzgericht Münster hatte der Dortmunder Kollege noch Recht behalten.

Eine besondere Unverschämtheit ist die Begründung der Herren Bundesfinanzrichter in München. Die Gewerkschaftsmitglieder — so die Richter — würden bei einer Urabstimmung keineswegs aus freien Stücken und ohne jeden Zwang für Streik stimmen, denn Auslöser eines Streiks sei immer ein Vorstandsbeschluß der Gewerkschaft. Damit — so die Richter — liege aber eine „Entschädigung" vor, die nach dem Einkommenssteuergesetz als Lohnersatz anzusehen und deshalb auch zu besteuern sei.

Im übrigen — so die Urteilsbegründung weiter — würde eine Steuerbefreiung den Grundsatz der Kampfparität zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern verletzen.

Die Münchner Richter diffamieren Urabstimmungen als „unfreiwillig". Von einem solchen Angriff zur vollständigen Unterdrückung jeder Koalitions- und Streikfreiheit besteht keine grundsätzliche Barriere mehr!

Das blauäugige Geschwätz von einer angeblich bestehenden „Kampfparität" leugnet dreist die offenkundige Tatsache, daß die Kapitalisten wirtschaftlich und politisch gegenüber den Arbeitern in jeder Beziehung am Drücker sitzen. Genau dieser Begriff der Kampfparität liegt übrigens auch den Urteilen des Bundesarbeitsgerichtes zur Legalisierung des Aussperrungsterrors zugrunde.

Die an den Haaren herbeigezogene Begründung dafür, daß Streikgelder angeblich ein Lohnersatz sein sollen, ist insofern auch noch zusätzlich eine Provokation, weil Streikgelder schließlich und endlich nichts anderes sind, als gesammelte Beitragsgelder der Arbeiter, die diese ihrem hart erarbeiteten Lohn abhalten, und die sie ja ohnedies schon einmal versteuern mußten. Sie zahlen für diesen abgehaltenen Teil ihres Lohnes also faktisch zweimal Steuer. In Wirklichkeit bedeutet das Münchner Urteil, daß durch die Hintertür eine „Streiksteuer" eingeführt wird.

Für die Gewerkschaften kann es keine Frage sein, daß dieses Urteil nicht hingenommen werden darf. Hier geht es um Arbeiterrechte und um Arbeitergroschen! Hier geht es um einen weiteren Angriff auf das Koalitionsrecht.

Gewerkschaften müssen endlich handeln!

Die neuen Hiobsbotschaften aus Nürnberg werfen eindringlicher als je die Frage nach ernsthaften Schritten zur Eindämmung der Arbeitslosigkeit, nach Maßnahmen zur Schaffung neuer Arbeitsplätze und zur Verhinderung einer weiteren Arbeitsplatzvernichtung auf. Von seiten der Unternehmer allerdings in dieser Richtung etwas zu erwarten, hieße den Bock als Gärtner zu betrachten.

Aber auch von der Regierung und den etablierten politischen Kräften kommt außer leeren Versprechungen und frommen Sprüchen nichts. Deshalb ist es dringend erforderlich, daß unsere Gewerkschaften endlich ernsthaft einen Kampf für solche Forderungen und Ziele entfesseln, die zu einer Eindämmung der Arbeitslosigkeit bzw. zur Verbesserung der beschäftigungspolitischen Lage in nennenswertem Ausmaß beitragen können.

An allererster Stelle muß in dieser Beziehung die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich stehen. Es müssen jetzt die Weichen dafür gestellt werden, daß mit dem Auslaufen der entsprechenden Manteltarifverträge Ende 1983 die uneingeschränkte Entfaltung der gewerkschaftlichen Kampfkraft den entscheidenden Durchbruch zur Verwirklichung dieser Forderung bringt.

Der zweite wichtige Punkt für unsere Gewerkschaft ist, daß endlich einmal Schluß gemacht werden muß mit der Tolerierung von Maßnahmen der Unternehmer zur Arbeitsplatzvernichtung. Ab sofort müßten die Gewerkschaften mit aller Kraft und ohne Wenn und Aber gegen jeglichen Belegschaftsabbau, gegen alle „Gesundschrumpfungspläne" der Unternemer, gegen jede Stillegung oder Massenentlassung Front machen. Selbstverständlich würde das nicht zuletzt bedeuten, daß der spontane Widerstand betroffener Belegschaften bzw. von kampfbereiten Teilen der Belegschaft seitens der Gewerkschaft vorbehaltlos und entschieden unterstützt wird und nicht etwa abgewiegelt und sabotiert!

Bauknecht-Belegschaften setzen sich zur Wehr

„Wir wollen jetzt den Rettungsanker"

IGM ruft zur Bildung betrieblicher Aktionskomitees auf

STUTTGART. — Die Belegschaften des durch Konkurs bedrohten Bauknecht-Konzerns halten nicht mehr still. Mindestens 2 000 Menschen, sicherlich nicht ausschließlich Bauknecht-Beschäftigte, beteiligten sich am 30. Juni an Protestkundgebungen gegen die Zerschlagung des Unternehmens und drohende Stillegungen und Massenentlassungen.

Am Mittwoch vorletzter Woche (30. Juni) gingen in Calw, Schorndorf und Welzheim die Belegschaften der dort ansässigen Bauknecht-Produktionsstätten auf die Straße, um gegen die Konkurspolitik der Banken, gegen die drohenden Stillegungen und Massenentlassungen und für den Erhalt aller Arbeitsplätze bei Bauknecht zu demonstrieren. Der Initiator dieser koordinierten Protestaktion war der Bezirk Stuttgart der IG Metall.

Ein konkreter Bericht liegt uns leider nur von der Aktion in Welzheim vor, wo Bauknecht ein Elektromotorenwerk stehen hat. Dort demonstrierten nach den Angaben der Regionalpresse rund 1 000 Belegschaftsmitglieder. Unter anderem führten sie eine Tafel mit sich, auf der zu lesen war: **„Videocolor, Kreidler, Bauknecht, Zanker — wir wollen jetzt den Rettungsanker — Kampf um jeden Arbeitsplatz".**

Der Rettungsanker muß unbedingt ausgeworfen werden! Andernfalls werden in den betroffenen Betrieben Tausende von Arbeitern und Angestellten entlassen und die Arbeitslosigkeit in den Städten, wo Bauknecht-Betriebe stillgelegt werden, wird sich katastrophal verschärfen, unter anderem auch durch die Auswirkungen der Stillegung auf die Lage der mittelständischen Unternehmen.

Aber um den Konkurs abzuwenden und die Banken zu zwingen, den Erhalt von Bauknecht mit allen Arbeitsplätzen zu gewährleisten, sind massive Kampfmaßnahmen der Belegschaften und organisierte Solidaritätsaktionen aus anderen Betrieben erforderlich. Die IG Metall (nicht nur in Baden-Württemberg sondern zum Beispiel auch in Nordrhein-Westfalen —, auch im sauerländischen Gevelsberg steht ein Bauknecht-Betrieb) muß die entsprechenden Schritte und Maßnahmen ergreifen. Sie muß gemeinsame Protestaktionen und Kampfmaßnahmen der Bauknecht-Belegschaften in die Wege leiten. Gleichzeitig muß sie jedoch auch den spontanen Widerstand einzelner Belegschaften bzw. von Belegschaftsteilen vorbehaltlos und tatkräftig unterstützen.

Es gibt gewisse Ansätze dazu. So hat die Bezirksleitung Stuttgart der IG Metall nicht nur die genannten gleichzeitigen Kundgebungen organisiert, sondern sie hat auch aufgerufen, in jedem Bauknecht-Betrieb Aktionskomitees zu bilden und an jedem betroffenen Ort zur Unterstützung des betrieblichen Kampfes Bürgerinitiativen zu gründen.

Dies sind begrüßenswerte Schritte. Aber sie reichen bei weitem nicht aus, um in möglichst kurzer Zeit eine optimale Mobilisierung der Belegschaften zu erreichen und eine möglichst starke Kampffront aufzubauen.

Den Kollegen steht ein mächtiger Gegner gegenüber. Wie in einem Flugblatt der Stuttgarter Bezirksleitung der IG Metall richtig festgestellt wird, sind es die großen Banken, die Bauknecht vernichten wollen: **„Zu vermuten ist, daß durch das Verhalten einiger Banken eine Marktbereinigung durch Kreditentzug und, damit verbunden, eine Zwangsliquidierung erreicht werden soll".**



Protestkundgebung der Belegschaft des Bauknecht-Elektromotoren-Werkes in Welzheim. Etwa 1000 Belegschaftsmitglieder beteiligten sich an der Demonstration.

Berichtigungen

Auf Seite 4 in der letzten Ausgabe des RM wird der Titel des Kommuniqué der Videocolor-Belegschaft unkorrekt zitiert. Anstatt „Wir *kämpfen* für den Erhalt unserer Arbeitsplätze" muß es heißen: „Wir *kämpften* für den Erhalt unserer Arbeitsplätze".

***

In der letzten Ausgabe hat sich auch auf Seite 5 in dem Beitrag „Alarmsignale in Schacht und Stollen" ein Fehler eingeschlichen. Statt „Daß trotz rückläufigem *Umsatz* noch hohe Gewinne gemacht wurden...", muß es richtig heißen: „Daß trotz rückläufigem *Absatz* noch hohe Gewinne gemacht wurden..." Wie an anderer Stelle in diesem Artikel richtig festgestellt wird, ist der Umsatz der Ruhrkohle AG im vergangenen Jahr trotz eines leichten Absatzrückganges weiter gestiegen.

Alle Arbeitsplätze bei Bauknecht verteidigen!

Die KPD brachte für die Bauknecht-Belegschäftigten ein Flugblatt heraus, das die Überschrift trägt: „Alle Arbeitsplätze bei Bauknecht verteidigen!" Im letzten Teil heißt es da:

„Die Belegschaften von Videocolor in Ulm und Rockwell Golde in Frankfurt haben in ähnlichen Situationen den Betrieb besetzt.

Und ganz aktuell: Die Kollegen von Zanker in Tübingen haben einen ganz entschlossenen Widerstand gegen die geplante Stillegung ihres (AEG-) Werkes begonnen. Sie haben im Betrieb ein Aktionskomitee gebildet, das alle Maßnahmen zum Erhalt des Werkes koordinieren und anleiten soll. Eine Bürgerinitiative außerhalb des Betriebs hat sich gebildet. Da gibt es einen Aufkleber „Zanker muß leben", der alle ausgehenden Warenlieferungen schmückt!

Bauknecht ist nicht Zanker, und es gibt kein Patentrezept. Aber eines ist klar: Wir müssen uns zusammenschließen, wir müssen miteinander reden, ob in Calw, Welzheim oder Stuttgart. Wir müssen unsere Macht in die Waagschale werfen: Die Macht von Tausenden Arbeitern und Angestellten, ohne die der Bauknecht-Konzern nicht einen Tag länger produzieren kann.

Diskutiert unsere Forderungen:

• Keiner einzigen Entlassung darf zugestimmt werden!

• Die Gebrüder Bauknecht müssen zur Rechenschaft gezogen werden: Öffentlich muß die Mißwirtschaft dargelegt werden!

• Die Belegschaften müssen untereinander Kontakt aufnehmen: Die gewerkschaftliche Bauknecht-Konferenz muß einberufen werden!

• Bildung von betrieblichen Streik- oder Aktionskomitees!"

ALLE ARBEITSPLÄTZE BEI BAUKNECHT VERTEIDIGEN!

Das Konzept der IGM-...

Bauknecht-Arbeiter in Frankreich

Mit Bauknecht-Geräten Bahnlinie blockiert

PARIS/STUTTGART. — Eine sehr originelle Aktion haben französische Bauknecht-Arbeiter in Lothringen gegen die drohende Schließung ihres Werkes durchgeführt. Sie blockierten mit Bauknecht-Geräten eine Bahnlinie.

Rund fünf Stunden lang haben 250 Arbeiter einer französischen Tochterfirma des deutschen Elektrogeräte-Herstellers Bauknecht die Bahnlinie Paris-Frankfurt bei St. Avold in Lothringen blockiert. Sie errichteten am Vormittag aus Kühlschränken, Waschmaschinen und Küchengeräten eine Sperre auf den Schienen. Der Zugverkehr mußte umgeleitet werden.

Die 850 Beschäftigte zählende Bauknecht-Fabrik hatte als Folge der Liquidierungspolitik der Banken gegenüber dem deutschen Mutterkonzern bereits vorübergehend den Betrieb eingestellt.

Eine Aktion wie diese kann dazu beitragen, viele Menschen auf den Widerstand der Arbeiter und Angestellten gegen die Stillegungspläne der Kapitalisten aufmerksam zu machen. Sie kann auch die Kampfentschlossenheit und den Mut der betroffenen Belegschaft stärken. Die deutschen Kollegen können von ihren französischen Kollegen in dieser Beziehung sicher noch etwas lernen.

Außerdem erinnert diese Aktion daran, daß der Kampf der Arbeiter gegen die Stillegungspolitik der Konzerne auch international sein muß, und daß die Gewerkschaften die internationale Solidarität der Belegschaften organisieren müssen.

Aus unseren Betriebszeitungen

Siemens lügt...

...wenn sie schreien: „Hilfe die Japaner!"

Siemens ist keineswegs ein bedrohtes Opfer im internationalen Wettbewerb, sondern ein Hauptakteur. Es ist überhaupt nicht so, daß Siemens Stellung auf dem Weltmarkt gefährdet ist, vielmehr baut Siemens sie zügig aus. Im Geschäftsjahr 1981/82 stieg das Auslandsgeschäft um 22 Prozent. Der Siemens-Konzern ist mit Fabriken, Vertriebsorganisationen usw. in 128 Ländern vertreten.

Siemens ist der fünftgrößte Elektrokonzern der Welt — nach IGM, General Electric, ITT und Philips. Unter den zehn größten Elektrokonzernen gibt es zwei japanische (Hitachi und Martushita), und die kommen nach Siemens. Es ist also absolut nicht so, daß die bösen Japaner unser armes Siemens kaputt machen. Es sind nicht die Japaner daran schuld, daß bei Siemens überall Leute entlassen werden.

...wenn sie stöhnen: „Die schreckliche Konkurrenz!"

Siemens ist ja nicht mal im vollem Umfang darauf angewiesen, im Konkurrenzkampf zu bestehen. Ein großer Teil des Umsatzes ist „politisch" gesichert. Da ist einmal ein hoher Anteil direkter Staatsaufträge:

- 30 Prozent der Aufträge der Bundespost gehen an Siemens;
- 80 Prozent aller Bundesbahnaufträge für Signalausrüstungen;
- 8 Prozent des Siemens-Umsatzes gingen nach Schätzungen 1980 auf Rüstungsaufträge zurück.

Diese Aufträge sind Siemens aus politischen Gründen praktisch sicher und werden selbst dann an Siemens vergeben, wenn Siemens keineswegs das ausgereifteste technologische Konzept und die besten finanziellen Bedingungen anbietet.



ROTER LAUTSPRECHER



Betriebszeitung der KPD für Siemens Witten

Betriebszeitung der KPD für Siemens Witten

Dazu kommt der Kraftwerksbau. Faktisch alle Kraftwerksbetreiber sind Gesellschaften mit hohem Staatsanteil. Zudem ist Siemens in den Aufsichtsräten der bedeutendsten Energieversorgungsunternehmen vertreten.

Auf dem Sektor des Kraftwerksbaus hat Siemens eine erdrückende Stellung. Auch für das Auslandsgeschäft ist der Staat ein mächtiger Verbündeter von Siemens im Konkurrenzkampf.

Es trifft also nicht zu, daß Siemens das Wasser bis zum Hals steht. Es stimmt nicht, daß Siemens von der Konkurrenz vernichtet wird, wenn sie nicht unsere Arbeitsplätze vernichten.

...wenn sie jammern: „Die Gewinne sinken!"

Tatsächlich ist der Gewinn nach Steuern gegenüber 1970 um 250 Prozent (!) gestiegen. Die ständig beschworene „Talfahrt der Gewinne" bezieht sich immer nur auf das Rekordergebnis von 1978. Auf der letzten Aktionärsversammlung erklärte Kaske: „Rund 90 Prozent der Siemens-Umsatzanteile sind pumperlgesund".

Nur die Bereiche Bauelemente und Datentechnik mit je 5 Prozent Umsatzanteil haben Verluste gemacht. Allein der Wertpapierbesitz von Siemens wird mit 6,8 Milliarden angegeben. Es geht bei dem Belegschaftsabbau nicht ums Überleben, sondern es geht Siemens nur um eins: noch mehr Profit.

Siemens ist reich. Wir nicht. Aber wir sollen mit Lohnabbau, Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit die Krise bezahlen. Damit Siemens — trotz Krise — noch reicher wird. Das können und dürfen wir nicht hinnehmen.

Zu Hause in der Fremde — so stellt sich für die allermeisten unserer Kolleginnen und Kollegen, unserer Mitbürger aus dem Ausland ihre Lebenssituation dar. Zu Hause in der Fremde — das ist auch der Titel eines der Bücher, die wir auf dieser Seite kurz vorstellen und die wir allen empfehlen, die mehr über die Situation der Ausländer bei uns wissen wollen, die etwas über Tradition und Kultur ihrer Heimatländer erfahren wollen. Es sind Bücher, die das Verständnis füreinander fördern und die gemeinsamen Interessen bewußt machen können. Bücher gegen die Ausländerfeindlichkeit.

ZU HAUSE IN DER FREMDE

Täglich eine Reise von der Türkei nach Deutschland

Hrsg. Förderzentrum Jugend schreibt e. V., 117 Seiten, Verlag Atelier im Bauernhaus, DM 9,80.

Dieses Buch wurde ausschließlich von Jugendlichen geschrieben. Sie beschreiben in Gedichten und Erzählungen ihr Leben „zwischen zwei Bergen".







Zu Hause in der Fremde

Hrsg. Ch. Schaffernicht, 223 Seiten, viele Fotos, Verlag Atelier im Bauernhaus. DM 16,80.

Ein bundesdeutsches Ausländer-Lesebuch. Der Inhalt hält, was der Titel verspricht. Erzählungen, Aufsätze, politische Artikel, Gedichte, Fotos, Fotomontagen und Malereien geben ein vielseitiges Bild über die Situation der ausländischen Arbeiter.

Der kleine Nasrettin

Buntbuch Verlag, DM 15,80.

Eine moderne Fassung der Legende vom Scheich Nasrettin, erzählt von Serpil Akilioglu; mit farbigen Bildern von Can Okan. Zweisprachig.



Aras Ören:

Alte Märchen neu erzählt

Der in Westberlin lebende Dichter hat einige türkische Märchen in lyrischer Form neu gestaltet. Mit Bildern von Hanefi Yeter. Zweisprachig mit Übungsteil.

Ausländerbuch für Inländer

Hrsg. P. Fröhlich / P. Märthesheimer, 264 Seiten, Fischer Verlag, DM 8,80

Dieses Buch ist von besnderer Art: Es ist kein Buch über Ausländer, es ist ein Buch, das aus der Arbeit mit Ausländern entstand und diese Erfahrungen weitervermitteln will. Es richtet sich an den deutschen Leser, greift Informationslücken und Vorurteile auf. Besonders für Jugendliche gut geeignet.

Yusuf Ziya Bahadinli:

Zwischen zwei Welten

Ararat Verlag, DM 9,80.

Die Erzählung in diesem Band spiegeln das Leben der türkischen Emigranten zwischen Deutschland und der Türkei wieder. Zweisprachig.



Nazim Hikmet:

Menschenlandschaften

Buntbuch Verlag, Erstes Buch DM 14,—, Zweites bis Fünftes Buch je DM 15,—.

Der berühmte türkische Dichter Nazim Hikmet entfaltet in diesem großen Epos, das er im Gefängnis geschrieben hat, ein Bild der verschiedenen Klassen und Schichten seines Landes.



Nazim Hikmet:

Allem Kallem. Ein Märchen.

Ararat Verlag, DM 7,80.

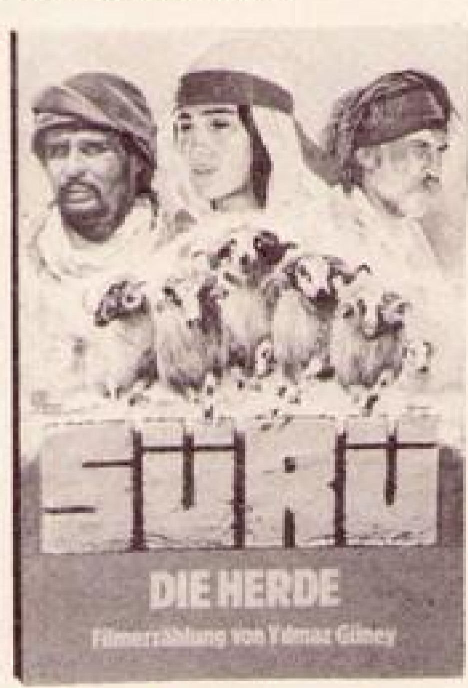
Die Geschichte im Stil der türkischen Märchentradition ist zweisprachig auf deutsch und türkisch abgedruckt und enthält einen sprachlichen Übungsteil.



Zwischen Getto und Knast

Ein Handbuch. Rowohlt Verlag, rororo aktuell, 334 Seiten, DM 10,80.

Das Buch untersucht die Situation jugendlicher Ausländer in der Bundesrepublik, speziell die Gruppe Jugendlicher, die von den Behörden als kriminell abgestempelt werden. Das Buch widerlegt die bewußt verbreiteten Lügen über die „kriminellen Ausländer" — zeigt aber auch, wie dieses System ausländische Jugendliche ins Abseits und damit oft in die Kriminalität treibt.



Sürü — Die Herde

Buntbuch Verlag, DM 18,—

Die Nacherzählung des bekanntesten Films von Yilmaz Güney. Eine Bauernfamilie aus Ostanatolien bringt ihre Schafherde zum Verkauf in die Hauptstadt Ankara. Mit zahlreichen Farbfotos aus dem Film.

Sehnsucht im Koffer

Hrsg. Werkkreis Literatur der Arbeitswelt, 173 Seiten, Fischer Verlag, DM 8,80.

In diesem Buch beschreiben „Gastarbeiter" und betroffene Deutsche ihre Erfahrungen im bundesrepublikanischen Alltag, ihre Ängste und Nöte, ihre Wünsche und Forderungen. Alle Lebensbereiche werden berührt: Der Betrieb, der Stadtteil, die Schule... Zahlreiche Gedichte, die guten Zeichnungen von Dragutin Trumbetas, sowie kurze Sachinformationen zur Einleitung der einzelnen Kapitel, machen dieses Buch zu einer guten „Einstiegslektüre" in das Thema: Ausländer.

CDU fordert Kronzeugen

STUTTGART. — Der stellvertretende Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion in Baden-Württemberg, Fritz Hopmeier, hat im Februar die Einführung des „Kronzeugen" in das bundesdeutsche Recht gefordert. Gerade „bei der Bekämpfung der Gewaltkriminalität von Rechts- und Linksextremisten" könne dieses Rechtsinstitut Menschenleben retten, behauptete Hopmeier. Er verwies auf angeblich positive Erfahrungen im anglo-amerikanischen Rechtsbereich, sowie in Italien. Hopmeier trat dafür ein, daß Straftäter den gesetzlichen Anspruch auf Straffreiheit oder Strafminderungen gewährt bekommen, wenn sie bereit sind, „ihre Taten zuzugeben und durch ihre Aussagen zur Verbrechensaufklärung beizutragen."

Nun, wie das heute schon mit Kronzeugen läuft in unserem Land, das konnten die Leser des „Roten Morgen" unter anderem im letzten RM nachlesen („Ein Kronzeuge packt aus"). Dazu und auch zur Frage der Erfahrungen mit dem legalisierten Kronzeugen in anderen Ländern hat in der letzten Ausgabe des Magazins „konkret" der fortschrittliche Rechtsanwalt Uwe Maeffert einen Kommentar abgegeben, der unseres Erachtens die wahren Verhältnisse ausgezeichnet wiedergibt. Wir drucken deshalb hier wesentliche Passagen dieses Kommentars ab, dem der Verfasser den Titel gab:

„Danach kommt die Folter"

„(...) am Kronzeugen leidet das Recht auch in anderen Bereichen — sprunghaft ausufernd und sich verselbständigend. ‚Ohne V-Leute läuft bei uns nichts mehr', sagte vor kurzem ein Hamburger Kriminalbeamter. V-Leute aber — das muß man wissen — sind in der Praxis meist nichts anderes als Kronzeugen. Wo ohne sie nichts mehr läuft, das ist jener Bereich der Kriminalität, der für seine Existenz einen Markt braucht; allen voran größere Diebesbeute und Rauschgift.

Man verweist gern auf das amerikanische Recht. Max Hirschberg, Kenner dieses Rechts und seiner Praxis und Autor des Buches ‚Das Fehlurteil im Strafprozeß', schreibt:

‚Besonders primitiv und gefährlich ist das amerikanische Verfahren, in dem die Staatsanwaltschaft versucht, einen der Mitangeklagten gegen die Zusicherung milderer Strafe oder Einstellung der Strafverfolgung als Belastungszeugen zu gewinnen. Der Angeschuldigte, der sich dazu bereit erklärt, wird vom Staatsanwalt eingehend vorbereitet, um dem Kreuzverhör mit seiner Aussage gewachsen zu sein... leistet dann jeden Meineid, um sich die Straffreiheit zu verdienen...' (...)

Kern allen Einwirkens auf einen, den man als Kronzeugen mißbrauchen will, ist der Bruch eines bedeutenden Gesetzes der Strafprozeßordnung. Den Behörden ist es verboten, Informationen durch Drohungen und Versprechungen von Vorteilen, die das Gesetz nicht zuläßt, zu erlangen und mit deren Hilfe jemanden als Täter zu überführen. Es darf nicht sein, daß der Zweck die Mittel heiligt. Doch genau das ist die Praxis. Die Strafverfolgungsbehörden, die so arbeiten, bestreiten es. Dem Kronzeugen glaubt man nur, was man will. Selbst bei denen, die ihn dazu gemacht haben und die ihn benutzten, ist sein Ansehen gering. Man liebt den Verrat, aber nicht den Verräter.

Eines aber ist nicht zu bestreiten, ist sozusagen amtlich: Fälschungen der Ermittlungsakten, Meineide und Anstiftungen zu solchen, wenn es darum geht, Kronzeugen, V-Leute und die durch sie gewonnenen Erkenntnisse in Gerichtsverfahren verdeckt zu halten.

Ein Frankfurter Professor namens Geerds hat ein Buch geschrieben, das inzwischen in fünfter Auflage im ‚Verlag für polizeiliches Fachschrifttum' erschienen ist und dem in der Ausbildung von Kriminalbeamten der Rang eines Standardwerkes zukommt. Das Buch leitet zu Aktenfälschung und folglich zu Falschaussagen an:

‚Schon die Tatsache, daß überhaupt ein V-Mann in dieser Sache etwas mitgeteilt hat, sollte am besten in den Akten überhaupt nicht erwähnt werden. Denn derartige Mitteilungen sollen dem Kriminalbeamten vor allem den Weg öffnen, anderweitig verwertbare Beweise aufzufinden; denn die Erwähnung ist daher sachlich überflüssig und in der Regel sogar schädlich. Denn durch den Verteidiger, der bekanntlich nach Anklageerhebung ein Recht auf Akteneinsicht hat, und vielleicht auch durch eine unbedachte Äußerung eines Staatsanwalts oder Richters kann der Beschuldigte dann leicht erfahren, daß in seiner Sache ein V-Mann eine Rolle gespielt hat...'

Und eben das gilt es zu verbergen. Man weiß, warum. So hat der Verrat das Komplott derer, die sich des Verrats bedienen, im Gefolge; die Übereinkunft in der Lüge darüber, wie ein anfänglicher Verdacht gegen den Beschuldigten überhaupt entstanden ist, als würde das Strafrecht weder die Verpflichtung zur Wahrheit, noch den Meineid kennen (...).

Die Entwicklung, die sich abzeichnet, geht in die (...) Richtung: Prozeßrechte sollen erheblich vermindert und eingeschränkt werden. Im Oktober 1981 trafen sich die Justizminister der Länder, um ‚Maßnahmen auch zur Entlastung der Strafjustiz als dringlich' zu bezeichnen. Entwürfe liegen vor. Schuld an der wachsenden Belastung haben vor allem, man staune, die Verteidiger:

‚Immer häufiger werden Strafverfahren ganz erheblich gestört und verzögert, weil Angeklagte und insbesondere Verteidiger ihr prozessuales Recht, Anträge zu begründen, Fragen an Zeugen oder Sachverständige zu stellen und Erklärungen abzugeben, mißbrauchen...'

Von der Pervertierung des Rechts durch V-Männer, Kronzeugen, Aktenfälschungen und Zeugenpräparierung findet sich in den Papieren nichts. Es ist das alte Lied der Reaktion. Als Mißbrauch des Rechts wird diffamiert, was sich dem Unrecht widersetzt. In der Stille und im Geheimen kann die monströse Erscheinung des Kronzeugen dann weiter gedeihen.

Danach kommt die Folter."

Bis auf „Menschenlandschaften", „Die Herde" und „Der kleine Nasrettin", die über den Buntbuch Verlag zu beziehen sind, können alle hier aufgeführten Bücher beim Verlag Roter Morgen bestellt werden. Bei Mehrfachbestellungen von Ortsgruppen, Initiativen usw. gibt es 10 Prozent Rabatt und keine Portokosten. Einzelbestellungen wie üblich ohne Rabatt, zuzüglich Porto.

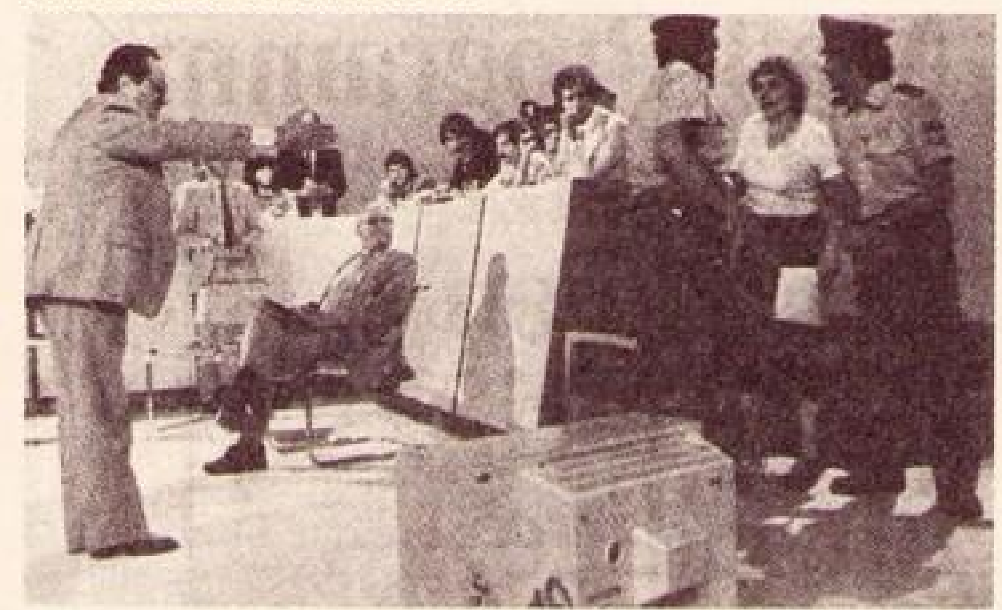
Live im Fernsehen:

Ohrfeigen für Schmidt-Kaler

MÜNCHEN. — Beim Bayerischen Rundfunk gibt es eine Fernseh-Live-Sendung mit dem Titel „Schlag auf Schlag". Am 8. Juli gab es darin zum ersten Mal tatsächlich Schläge: Eine mutige Frau ohrfeigte den rassistischen Professor Schmidt-Kaler, Mitverfasser des „Heidelberger Manifests".

Bei der Sendung ging es um „Ausländerprobleme in der Bundesrepublik", und dazu hatte der Sender auch diesen Faschisten eingeladen. Nach 20 Minuten sprang Barbara Friedrich auf, nannte Schmidt-Kaler laut und allen Zuschauern verauswarf. Schmidt-Kaler hat inzwischen einen Strafantrag wegen Körperverletzung gestellt, und schon hat sich auch das Staatsschutzdezernat eingeschaltet — „etwaige politische Hintergünde" der Tat sollen untersucht werden.

Barbara Friedrich bezeichnete Schmidt-Kaler zu Recht als mitverantwortlich für die Morde von München. „Noch keine zwei Wochen sind vergangen, seit die Ausländerfeindlichkeit drei Todesopfer in Nürnberg gefordert hat. Noch liegt der türkische Kellner, der dem Nazimörder in den Arm fiel, schwer-



Barbara Friedrich wird nach ihrer mutigen Aktion abgeführt.

nehmbar „Rassist" und versetzte ihm eine schallende Ohrfeige. Münchens CSU-Bürgermeister Kiesl konnte es gar nicht fassen. Er forderte die sofortige Entfernung der Frau, andernfalls werde man auf seine weitere Anwesenheit verzichten müssen. Auf dieses doch an sich dankenswerte Angebot ging „Talkmaster" Rudolf Mühlfenzl nicht ein, sondern er holte die Polizei, die dann die Frau hinverletzt im Krankenhaus." Und da stellt der Bayerische Rundfunk diesem Manne die beste Sendezeit zur Verfügung, der als „geistiger Ziehvater mit die Schuld trägt für diese Morde"! Schmidt-Kalers Theorien kennzeichnete sie als Theorien des Hitler-Faschismus. Eine Diskussion, die so etwas als diskussionswerte Standpunkte einbeziehe, dürfe nicht geduldet werden.

Staatsanwaltschaft fördert Nazi-Propaganda

NÜRNBERG. — Die Stadt Nürnberg hat durch mehrere Vorfälle in den vergangenen Monaten, von den Massenverhaftungen Jugendlicher im Kommunikationszentrum KOMM über die Tätigkeit der Wehrsportgruppe Hoffmann bis zu den Morden an drei Ausländern durch den Faschisten Helmut Oxner, eine traurige Berühmtheit als ein Zentrum reaktionärer und faschistischer Umtriebe erlangt. Wenn man das Verhalten der politisch Verantwortlichen ansieht, weiß man, daß sich daran so schnell nichts ändern wird: Von offizieller Seite wird emsig an der Vertiefung dieses Eindrucks gearbeitet.

Einen neuen Schritt dazu unternahm kürzlich die Staatsanwaltschaft Nürnberg-Fürth mit ausdrücklicher Billigung des bayerischen Justizministers Hillermeier. Sie stellte ein Verfahren gegen den Neonazi und Rechtsanwalt Eberhardt Engelhardt ein, das im März wegen des Verdachts auf Volksverhetzung eingeleitet worden war. Engelhardt zeichnet verantwortlich für eine von den Neonazis verbreitete Schrift mit dem Titel „KZ — Wahrheit gegen Lügen", in der der von den Nazis verübte Massenmord an Juden als „6-Millionen-Lüge" bezeichnet wird, die „juristisch widerlegt" sei; die Nazis hätten „keine systematische Ausrottung des jüdischen Volkes versucht", die Gaskammern in den Verichtungslagern seien „Entlausungsräume" gewesen und das zu den Morden benutzte Giftgas „Zyklon B" ein „spezifisches Entlausungsmittel".

Das unverfrorene Leugnen der bestialischen Massenmorde und der im direkten Zusammenspiel von SS und Industrie mit unvorstellbarer Systematik betriebenen Ausrottungspolitik ist seit jeher einer der Kernpunkte des Versuchs, das Hitler-Regime reinzuwaschen und besonders der Aufklärung der Jugend über die Verbrechen des Faschismus entgegenzuwirken. Der westdeutsche Staat, der eigentlich völkerrechtlich verpflichtet ist, alles zu tun, um die Jugend antifaschistisch zu erziehen und jeden Versuch einer Beschönigung der Hitler-Diktatur, allen neuen Nazi-Umtrieben kompromißlos entgegenzutreten, unterstützt diese Bemühungen.

In einer Stellungnahme des bayerischen Justizministeriums heißt es, die Staatsanwaltschaft habe das Ermittlungsverfahren „nach sorgfältiger Prüfung aller einschlägigen Gesichtspunkte einstellen müssen, weil nach der gegebenen Rechts- und Sachlage eine Anklageerhebung nicht in Betracht kam". Die Heuchler fügen hinzu, „aus moralischen und sittlichen Gründen" sei die chrift „selbstverständlich auf das schärfste zu verurteilen".

Daß die Behauptung der „Vergasungslüge" keine Volksverhetzung darstelle, ist vorherrschende „Rechtsauffassung" in der Bundesrepublik. Im März gab auch das Oberlandesgericht in Celle ein entsprechendes Urteil ab: es sprach dabei den berüchtigten Nazi-Aktivisten Edgar Geiss frei. Nürnberg steht also damit nicht allein. Aber das macht die Sache ja nur um so schlimmer. Es unterstreicht die Verantwortung des Staates für die Nazi-Umtriebe.

„Wieder nur ein Einzeltäter"

Nicht nur für Bundesanwalt Rebmann und die CSU-Landesregierung in Bayern, auch für die SPD-Zeitung „Vorwärts" steht es fest (und zwar schon seit dem 1. Juli): Der Neonazi Helmut Oxner, der in Nürnberg drei Ausländer erschoß, nachdem er zuvor monatelang Juden und Ausländer telefonisch mit dem Tode bedroht hatte, der auf NPD-Stammtischen ideologisch aufgerüstet wurde, ist ein „Waffennarr" gewesen, „wieder nur ein Einzelgänger", der „weder Hintermänner noch Mitwisser hatte". „Wieder nur" ein Einzeltäter. Immer wieder... Bei dieser Version soll es also auch nach Meinung des angeblich linken SPD-Organs bleiben. Keine Forderung deshalb auch nach Verbot der Nazi-Organisationen. Nur der Waffenbesitz soll erschwert werden. Und angeblich durften die Nürnberger Behörden Oxner seine Waffen, die im Rahmen einer Haussuchung vor der Tat bei ihm gefunden und ihm zurückgegeben worden waren, gar nicht wegnehmen. Tragisch, nicht wahr? Der Verfasser des kleinen Artikelchens im „Vorwärts", Jan-Anton Beckum, ist jedenfalls „beunruhigt"...

„Als gesichert", so verlautete am 9. Juli aus München, sieht inzwischen das Landeskriminalamt nach den Ermittlungen einer Sonderkommission die Behauptung an, daß Oxner ein Einzeltäter gewesen sei, der zur „rechtsextremistischen Szene" gehört, aber „weder Mittäter noch Mitwisser" gehabt habe. Was war da schon anders zu erwarten. Dabei ist ja noch nicht einmal entschiedend, ob irgend jemand von den Einzelheiten der Bluttat vorher genau gewußt hat. Daß Oxner mit solchen Taten gedroht hatte, wußten ja nicht nur seine Kumpane, sondern eben die Behörden, die ihn jetzt zum Einzeltäter deklarieren und damit begründen, warum sie ihre Aktivitäten einzustellen gedenken. Für die Strafverfolgungsbehörden sind seine Beziehungen zur NPD usw. gar nicht von Bedeutung. Darüberhinaus stellten sie fest, daß der Bekanntenkreis Oxners „fast ausnahmslos aus politisch Gleichgesinnten" bestanden hat; diese seien überprüft worden und schieden als Mittäter aus.

Vielleicht aber kommt aus diesem Kreis bald der nächste „Einzeltäter"...

Oxner war ein NPD-Anhänger. Hier posiert er mit einer Fahne der Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten (JN) bei einem von der NPD organisierten Treffen am 17. Juni an der DDR-Grenze.

Vortrag von Prof. Schmidt-Kaler verhindert

OBERHAUSEN (Volkskorrespondenz). — In Oberhausen wollte Professor Schmidt-Kaler, Mitunterzeichner des rassistischen Heidelberger Manifestes und Aktivist bei der Bürgerinitiative Ausländerstopp, öffentlich seine Ausländerfeindlichkeit in einem Vortrag „wissenschaftlich untermauern". Das Ruhrinstitut für gesellschaftspolitische Forschung und Bildung e. V. — Vorsitzender Breil, Küppers und Schulte, hohe Herren der Oberhausener Industrie — hatte ihn eingeladen, zum Thema „Ist die Bundesrepublik Deutschland ein Einwanderungsland?" zu sprechen.

In der Einladung hierzu wurde seine Kompetenz hierzu folgendermaßen gewürdigt: „Professor Dr. Schmidt-Kaler verfügt über so umfangreiches Datenmaterial, um zu diesem Reizthema eine fundierte Aussage machen zu können. Er ist die geeignete Persönlichkeit, um die schwierige Ausländerproblematik mit der größten Kompetenz vorzustellen."

Viele Oberhausener waren und sind aber ganz und gar nicht dieser Meinung. Besonders die Mitglieder der Oberhausener Initiative „Gemeinsam gegen Ausländerfeindlichkeit" erinnerten sich an die Aussagen Schmidt-Kalers im Heidelberger Manifest, wo es unter anderem heißt:

„Mit großer Sorge beobachten wir die Unterwanderung des deutschen Volkes durch Zuzug von vielen Millionen von Ausländern und ihren Familien, die Überfremdung unserer Sprache, unserer Kultur und unseres Volkstums." Und: „Allein lebensvolle und intakte deutsche Familien können unser Volk für die Zukunft erhalten. Nur eigene Kinder sind die alleinige Grundlage der deutschen und europäischen Zukunft..."

Sie kamen nach kurzer Diskussion zu der Entscheidung, diesen Auftritt bekanntzumachen und zu verhindern. In einem Flugblatt und einem Leserbrief machten sie auf Schmidt-Kaler aufmerksam und forderten, daß die Veranstaltung des Ruhrinstituts nicht in der Stadthalle stattfinden darf, die zudem noch den Namen der früheren Oberbürgermeisterin Luise Albertz trägt, die im Dritten Reiche wegen ihrer Gesinnung politisch verfolgt wurde.

Das Flugblatt wurde blitzschnell fertiggestellt und verteilt, alle demokratischen und antifaschistischen Organisationen wurden informiert.

Das Ergebnis war ein breiter Protest, der in der Ankündigung einer Protestkundgebung u.a. mit MdB Erich Meinike, SPD, gipfelte. Auch der Ausländerbeirat und die Jusos schlossen sich an.

Über Parteigrenzen hinweg war eine großartige und wirksame Front gegen diese rassistische Veranstaltung zusammengekommen. Das Ergebnis: Das Ruhrinstitut sagte den Vortrag öffentlich in der Zeitung ab. Begründung:

„Es teilt mit, daß die angebotene sachliche Information nicht mehr möglich sei, nachdem eine Gegenveranstaltung den Rahmen einer offenen Aussprache in Frage stellt."

Niedersachsen:

Landesregierung will Neonazi als Schulleiter

HANNOVER. — Im RM 25/82 wurde berichtet, wie Niedersachsens Innenminister Möcklinghoff ungerührt bekanntgab, er kenne in Niedersachsen 120 neonazistische Organisationen und noch weitere 60 einzelne Faschisten. Maßnahmen gegen ihre Umtriebe plant er nicht. Stattdessen setzt er sich, wie das folgende Beispiel zeigt, dafür ein, daß faschistisches Gedankengut sich auch an den Schulen weiter ausbreiten kann.

Die Landesregierung und speziell Möcklinghoff als Innen- und Kultusminister halten daran fest, in Hannoversch-Münden den faschistischen Oberstudiendirektor Karl-Heinz Kausch in seinem Amt als Schulleiter zu belassen. Kausch hatte zu dem Buch „Ein anderer Hitler" des Hitler-Vertrauten Hermann Giesler das Vorwort geschrieben und das Machwerk darin als „ein monumentales Symbol menschlichen Lebens auf dieser Welt" gerühmt. Auch mit anderen Beiträgen zu dem Buch tat er sich hervor, führte darüberhinaus Verlagsverhandlungen und las Korrektur. Nach dem Erscheinen des Buches im neofaschistischen Druffel-Verlag schenkte Kausch drei Exemplare der Mündener Stadtbücherei. Ein weiteres Faschistenbuch ließ er in die Schulbücherei stellen: „Die Kriegsschuld des Widerstandes" von Annelies von Ribbentrop, in dem — wie der empörende Titel schon erwarten läßt — die Nazi-Führung von einer Verantwortung für den zweiten Weltkrieg freigesprochen wird.

Wegen seiner Beiträge zu dem Buch „Ein anderer Hitler" läuft ein Disziplinarverfahren gegen Kausch, bei dem in erster Instanz lediglich die Kürzung des Gehaltes um ein Zehntel für die Dauer eines Jahres beschlossen wurde. Kausch und seine Freunde jubelten. Nun will die Landesregierung auf öffentlichen Druck hin selbst in die Berufung gehen, angeblich, um eine Degradierung Kauschs zu erreichen. Aber ihre erste Tat nach dem erstinstanzlichen Urteil war eben, die Suspendierung des Faschisten aufzuheben und seine Wiedereinsetzung als Schulleiter gegen breiten Widerstand durchzusetzen. Und auch in der Berufung ist das Ziel nicht, diesen Menschen vom Schuldienst zu entfernen! Man vergleiche das mit den Berufsverboten gegen Antifaschisten.

Möcklinghoff ging zur Verteidigung des faschistischen Lehrers sogar in die Offensive. In einer Stellungnahme zu den Protesten drohte er, er werde „**eine Störung des Schulfriedens** in keinem Fall dulden". Und den Schulfrieden stört nicht der Nazi, sondern die Antifaschisten, meint die Landesregierung.

Fazit: Der Staat fördert die Verbreitung des faschistischen Ungeistes. Deshalb: Keinen Frieden mit den Nazis, und keinen Frieden mit denen, die sie fördern und hochbringen, weder an den Schulen noch anderswo.

Köln: Kein Raum für „Bürgerschutz"

Liebe Genossen!

Am Freitag, den 25.6. 82, wurde in Köln-Chorweiler (Betonsilos mit hohem Anteil ausländischer Familien) die Gründung des „Deutschen Bürgerschutzes" (DBS) verhindert.

Schützen wollte der DBS die Bürger vor „Zerstörung der Lebensqualität", „Verminderung der Sicherheit des Bürgers durch Anwachsen der Kriminalität", „bedrohlicher Überfremdung".

„Sollen wir Minderheit im eigenen Land werden?", fragten sie hetzerisch in ihrem Flugblatt, das sie in die Briefkästen verteilten. Die frisch gegründete Bürgerinitiative gegen Ausländerfeindlichkeit in Chorweiler sah das etwas anders. Am Dienstag war das Flugblatt von den Nazis gesteckt worden, Mittwoch hatte sie den Veranstaltungsort herausbekommen. Per Rundruf trafen sich am Donnerstag 30 Antifaschisten, und am Freitag standen über 150 Leute vor dem Lokal. Die Stadt als Besitzer war aufgefordert worden, das faschistische Treffen zu verhindern.

Angesichts der Demonstranten erklärte der Vertreter der Bezirksvertretung den drei DBS-Verantwortlichen, daß der Saal gesperrt würde, weil städtisches Eigentum bedroht sei. Ein Realist. Der Protest der Faschisten bei der Polizei half nichts. Der Mann von der Bezirksvertretung war so eifrig, daß er sogar drei Mann vom K 14 nicht einlassen wollte.

Wir versprachen uns: Beim nächsten Mal sind wir wieder da, warben für die Komitees gegen Ausländerfeindlichkeit und verabschiedeten uns gut gelaunt.

Leserbriefe +++ Leserbriefe +++ Leserbriefe +++ Leserbriefe +++

Korrektur

Betr. Euer Bericht zu den Kampfaktionen der Bauknecht-Beschäftigten im RM Nr. 26

Liebe Genossen,

euer Bericht über die Aktionen der Bauknecht-Beschäftigten gegen die Banken bedarf einiger Ergänzungen.

1.) Sicher war es eine originelle und spektakuläre Aktion die Schalterhallen der Gläubiger-Bank von Bauknecht zu besetzen und Protestresolutionen abzugeben. Der Inhalt der abgegebenen Resolution und die Stoßrichtung dieser Aktion nahmen ihr jedoch viel von ihrer Wirksamkeit. So wurde von der Gewerkschaft und den Betriebsratsvorsitzenden der beteiligten Werke immer nur gefordert, daß die Banken endlich Kredite geben sollten, die Arbeiter hätten ja bereits gezeigt, daß sie zu Opfern bereit sind, indem sie den Sozialplan akzeptiert hätten. Wen wundert es da noch, daß selbst die Geschäftsleitung von Bauknecht diese Aktion inhaltlich unterstützte!

2.) Sicher verdienen die Banken im Fall Bauknecht ebenso wie bei AEG massiv an der Verschuldung des Konzerns. Andererseits ist es im Fall Bauknecht ja so, daß die Bauknecht-Familie ausgesprochen reich und die profitträchtigen Firmenteile von der drohenden Liquidation ausgenommen sind. Hier meine ich muß der Hebel angesetzt werden.

3.) Die Mobilisierung dieser Aktion von seiten der IGM war äußerst dürftig. In einigen Betrieben wurde die Belegschaft überhaupt nicht oder am selben Tag informiert. Heinz Bormann, erster Bevollmächtigter der IG Metall in Waiblingen, managte die Aktion selbst. Immer darauf bedacht, daß ja kein zu hartes Wort fiel, führte er die Demonstranten von Bank zu Bank. Im Stil eines drittklassigen Conférenciers gab er Sprüche zum Besten, die die ganze Aktion eher ins Lächerliche geraten ließ, als dem Kampfwillen Ausdruck zu geben. Als die Dresdner Bank die Türen verschlossen hatte, wurde von vielen Kollegen die Absicht geäußert, bis zum Schalterschluß die Bank zu belagern. Das wäre nicht schlecht gewesen. Doch Bormann verstand es mit raffinierter Demagogie, die Kollegen zu spalten. In dem Zusammenhang fiel der von euch zitierte Satz: „Wir sind keine Bettler. Wir warten nicht vor verschlossener Tür. Wir haben unsere eigenen Mittel, uns zu melden." Unter eigenen Mitteln verstand er wohl, daß er mit ein paar Funktionären zurück zu den Bussen lief und die Kollegen allein vor der Bank standen. Langsam bröckelte die Protestfront dann ab.

Abschließend kann man sagen: So gut die ganze Aktion auch von den Kollegen getragen war —, die Kampfbereitschaft und die Klarheit der Kollegen über Möglichkeiten ihres Kampfes hat diese Aktion nicht gefördert. Die IGM-Führung hat wieder einmal mit einer mies vorbereiteten und inhaltlich völlig schwachsinnigen Aktion die Kollegen im Stich gelassen.

Rot Front,
Fritz-Helmut, Heilbronn

Bauknecht-Arbeiter waren zu mehr bereit, das zeigte schon ihre Solidarität mit der Zanker-Belegschaft

Ein Lob

Liebe Genossen der Redaktion,

es tut euch vielleicht auch mal ganz gut, ein Lob zu hören. Im Gegensatz zu früher lese ich regelmäßig und mit großem Interesse die Zeitung. Zwei Anregungen:

Den Beitrag zum Revanchismus anläßlich des Treffens der Sudetendeutschen Landsmannschaften in Nürnberg und Köln fand ich sehr interessant wegen der klaren Stellungnahme zu dem sog. Vertriebenenproblem. Ich habe das so im RM noch nicht gelesen, oder habe ich da etwas überlesen? Vielleicht kann da noch ein ausführlicherer Artikel dazu erscheinen.

2. Den Brief von Johannes Vetter aus Albanien. Hier fand ich besonders gut, daß er zum Familien- und Frauenproblem konkrete Literaturstellen bei Lenin als weitere Anregung gibt. Ich meine, solche Literaturhinweise auf bestimmte Klassikertexte könnten ruhig öfters im RM gegeben werden.

Mit herzlichen Grüßen an alle
Wolfgang, Gelsenkirchen

Anregungen

Hans-Jürgen aus Oldenburg, dessen Brief wir im vorletzten RM teilweise — wegen der Länge — abgedruckt hatten, brachte auch noch Vorschläge:

Jetzt wollte ich allerdings auch noch zwei Anregungen bringen:

a) Könnt ihr mal noch einen etwas fundierten Artikel zur Einschätzung der Situation im Iran bringen, wo meiner Meinung nach eine faschistische Diktatur herrscht. So ein Artikel wäre wichtig, weil auch die DKP etc. dieses Regime als vorgeblich antiimperialistisch verteidigt! Ich habe euch zwar vor einiger Zeit einen ausführlichen, leider schlecht gedruckten, Artikel zukommen lassen, den iranische Kommilitonen hier verbreiteten, weiß allerdings nicht, ob der euch erreicht hat. Die politische Ausrichtung mag vielleicht nicht ganz exakt sein, die Dokumente und Information, die darin gegeben sind, finde ich allerdings sehr interessant.

b) Eine Artikel-Serie zur Frage der internationalen Solidarität fände ich auch mal ganz gut. Zum Beispiel wie stellt man sich zu einer Revolution wie in Nicaragua, die keineswegs sozialistisch war und wo jetzt die Linken im Gefängnis hocken, wo die SU ihren Fuß reinsetzt. Oder wie ist es mit der Losung „Waffen für El Salvador"? Reicht es aus, dafür Geld zu sammeln oder ist es nicht auch wichtig, zur Unterstützung eine breite antiimperialistische Bewegung hier zu entfachen? Wie steht es mit der Losung „Sieg im Volkskrieg, Klassenkampf im eigenen Land"? Friedensbewegung hier, bewaffnete Befreiungsbewegungen in Afrika, Asien, Lateinamerika? usw... Ich wollte euch nur ein paar Gesichtspunkte nennen, von denen ich mir denke, daß sie auch andere Leser des RM interessieren!

Uff, jetzt bin ich fast fertig und ihr wahrscheinlich auch (der hat Vorstellungen, was meint denn der, wieviele Leute wir haben, um diese Zeitung zu machen und wieviel Zeit?). Zum Schluß habe ich noch eine Frage: Das Papier, auf dem der RM gedruckt wird, schaut so furchtbar teuer aus (mich hat vor einiger Zeit mal jemand drauf angesprochen). Ist es das tatsächlich, oder trügt hier nur der Schein?

So, das wars!

Bis demnächst, rote Grüße und eine spitze Feder wünscht euch
Hans-Jürgen,
Oldenburg, 21.6.82

Radio-Solidarität

Leserbrief aus Aachen

Aus Aachen habe ich von euch von einer Solidaritätsaktion zugunsten der DDR-Genossen zu berichten. Am Sonntag, so erfuhren wir am Samstag, sollte bei Radio Distel eine halbe Stunde Sendezeit ausfallen. Radio Distel ist ein regionaler Sender auf belgischem Gebiet, der auf 104 MHz in 30 km Umkreis das Grenzland abdeckt und auch den Kreis und die Stadt Aachen mit 300000 Bewohnern erreicht. Die Genossen hier haben nicht lange gezögert und aus der Idee einer Sendung über die Prozesse gegen die Genossen Andreas Bortfeldt und Manfred Wilhelm am gleichen Tag noch ein Manuskript mit Stichworten für eine solche Sendung gemacht.

Am Sonntag zwischen 13.30 Uhr und 14.00 Uhr war dann ein Live-Interview zwischen Friedhelm, dem Moderator von Radio Distel, und einem Genossen der KPD auf UKW im Grenzland zu hören.

Im Interview ging es um die Arbeit der Partei, Sektion DDR, um die verhafteten Genossen und auch um die Frage, wie Solidarität von den Hörern von Radio Distel praktiziert werden kann. Es wurde aufgefordert, an die Genossen zu schreiben, bzw. bei der DDR-Vertretung oder dem DDR-Ministerrat zu protestieren.

Kurz nach der Sendung erschien noch ein Hinweis auf die Broschüre „Die unbekannte Opposition in der DDR" für Hörer, die sich noch weiter für die Arbeit der kommunistischen Opposition in der DDR interessieren.



Andreas Bortfeldt

Radio Distel steht in Eupen, im deutschsprachigen Ostbelgien. Die Anlagen gehören der radikalen christlichen Gewerkschaft, die damit auch Sendungen für die Kollegen, für ihre Mitglieder und für Jugendliche in Ostbelgien ausstrahlt. An die Partei kam von ihnen das Angebot, weitere gute Sendungen in dieser Art für Aachen und Umgebung auszustrahlen.

Mit kommunistischen Grüßen
Paul aus Aachen

Viele Fragen

Zu RM Nr. 25 und 26 schreibt Harald aus Westberlin, nachdem er auf frühere Korrespondenzen eingegangen war:

Liebe Genossen!

Im letzten RM (Nr. 25) stand ein Artikel (ich glaube auf der Seite „Gegen Reaktion und Faschismus") zum „Neofaschismus". Und dazu meine Frage: Was soll denn das sein, „Neofaschismus"? Auch bei uns in Berlin geistert dieses Wort bei einigen Antifaschisten rum und es gibt auch ein Buch der GEW (glaube ich zumindest), das mit diesem Wort betitelt ist.

Für mich gab es bisher den Begriff Neonazis, und das war für mich klar. Das sind Leute, die die Ziele der Nationalsozialisten verfolgen und deren Regime wieder auferstehen lassen wollen. Und das ist eben Faschismus. Was daran nun neu sein soll, eben „neo", was ja neu heißt, ist mir nicht ganz klar. Mir scheint der Gebrauch des Wortes „Neofaschismus" insofern schädlich und nicht geeignet für den antifaschistischen Kampf, weil dadurch der Eindruck erweckt wird, es handele sich hier eben um einen „neuen" Faschismus; Faschismus bleibt aber Faschismus, egal welcher Terminologie er sich bedient. Und um es mal auf eine andere Ebene zu heben, die Faschisten an der Macht wie in Chile, El Salvador oder der Türkei das sind doch einfach Faschisten, und sie praktizieren nichts anderes als die Nazis damals in Deutschland. Also ich meine, auf den Begriff „Neofaschismus" sollte man besser verzichten.

Bezeichnung „unseres" Staates als „BRD". Ich erinnere mich, daß früher im RM die Bundesrepublik nicht mit BRD, sondern mit DBR bezeichnet wurde. Habe ich da wieder etwas verpaßt? Vielleicht, als ich gerade im Urlaub war? Die Bezeichnung BRD ist ja vom marxistisch-leninistischen Standpunkt falsch, weil darin vertuscht wird, daß wir zwei deutsche Staaten haben. DBR (Deutsche Bundesrepublik) jedoch besagt, es gibt einen deutschen Staat, der sich als Bundesrepublik bezeichnet, und einen anderen, der sich DDR nennt. Helft mir doch mal auf die Sprünge.

(Ihr seht, es gibt genug über den RM zu diskutieren): Leider wieder eine Frage an euch und kein konkreter Beitrag für den RM von mir.

Stichpunkt Richard Wagner (RM Nr. 26, „Tips"). Richard Wagners Werk ist mir nicht so klar, wie es euch zu sein scheint. Wenn man den Abschnitt über das „Rheingold" liest, stellt sich R. Wagner ja gleichsam als Revolutionär vor. (Im übrigen ist das nicht das erste Mal, daß in dieser Spalte so viele lobende Worte für R. Wagner gefunden werden.) Bisher hatte ich Wagners Musik immer eng verbunden mit den Nationalsozialisten; nun mag sein, daß die Nazis ihn, wie so viele andere, für ihre Ziele mißbraucht haben. Ich habe aber auch andere Sachen von Wagner gehört und gelesen (die ich leider nicht belegen kann), die ihn mir eher in einem reaktionären Licht erscheinen lassen. Mag die Äußerung T. Manns das auch widerlegen; das befriedigt mich aber nicht.

Es wäre wohl ganz gut, wenn ihr mal zu R. Wagner einen etwas ausführlicheren Artikel schreiben könnt, damit man als Leser des RM diese Frage besser beurteilen kann.

Rot Front
Harald, Westberlin

Hinweis

Leserbriefe (oder auch Berichte), die auf dieser Seite veröffentlicht werden, stellen selbstverständlich nicht immer die Meinung der Redaktion dar. Auch dann nicht, wenn keine Antwort beigefügt ist, denn in der Regel werden wir alle Leserbriefe ohne Antwort oder Kommentar abdrucken. Außer es werden in so einem Brief Fragen gestellt, die möglichst schnell beantwortet werden sollten und für viele Leser praktisch interessant sind. Aber auch beim „Roten Morgen" gilt: Je kürzer desto schneller kommt ein Brief rein. Ansonsten erhält jeder der uns schreibt per Brief eine Antwort. Eine Gewähr für die Veröffentlichung jedes Briefes können wir nicht geben — wobei bisher, in den zwei Wochen seit Organisierung der Leserbriefseite, wohl schon deutlich wurde, daß es dabei nicht darum geht, Kritik an unserer Arbeit unter den Tisch fallen zu lassen.

Veranstaltung der KPD

Die Stadtteilzelle Hamburg-Altona der KPD lädt ein zu einer Veranstaltung aus Anlaß des 50. Jahrestages des Altonaer Blutsonntages.
Am: 20. Juli
um: 19.30 Uhr
in der Gaststätte Sterntaler, Ecke Lobuschstr./Am Felde (Nähe Bahnhof Altona).

Stammtisch der KPD in Frankfurt-Bornheim

Thema: Der Kampf der Palästinenser für Selbstbestimmung und die derzeitige Situation.
Es spricht: Ein palästinensischer Genosse.
Anschließend Diskussion.
Ort und Zeit: 30.7., Zum schwarzen Boch, Germaniastr. 19.00 Uhr.

Spendenkampagne zum 5. ordentlichen Parteitag der KPD

Liebe Kollegen, Freunde und Genossen!

Die Spendenaffäre zeigt es wieder einmal klar: Die bürgerlichen Parteien werden durch die Bank vom Monopolkapital ausgehalten. Zig Millionen Steuergelder werden ihnen über dunkle Kanäle und über die Wahlkampfkostenerstattung für ihre arbeiterfeindliche Tätigkeit zugeschanzt.

Unsere Partei hat es dagegen schwer. Als kommunistische Arbeiterpartei verfügt die KPD über keine anderen Einnahmen als die Beiträge und Spenden ihrer Mitglieder und Freunde. Die Finanzkraft der Partei steht und fällt mit der Einsatz- und Opferbereitschaft ihrer Genossen.

Der 5. ordentliche Parteitag rückt näher. Der Parteitag wird in einer Zeit stattfinden, in der die Vertiefung der kapitalistischen Krise, die drohender werdende Kriegsgefahr und das Anwachsen der faschistischen Kräfte die Arbeiterklasse und die Partei vor große Aufgaben stellen. Ohne Geld kann die Partei diese Aufgaben nicht bewältigen, ohne viel Geld gibt es keine Vorbereitung des Sozialismus.

Führen wir deshalb zum 5. Parteitag eine große Spendenkampagne durch!

Unser Ziel:

200000 DM Spenden für die KPD bis zum Jahresende!

Jede Mark für die Partei ist gut investiert — jede Mark für die KPD dient deinen eigenen Interessen, ist eine Mark für die Revolution.

ZK der KPD

Spenden bitte auf folgende Konten überweisen:

KPD, 4600 Dortmund 30, Bank: Stadtsparkasse Dortmund (BLZ 44050199) Kto-Nr.: 321004547.
Postscheckkonto: Postscheckamt Dortmund (BLZ 44010046) Kto-Nr.: 6420 - 467.

***

Spenden für die KPD sind im Rahmen der Höchstgrenzen (1800,— DM für Ledige / 3600,— DM für Ehepaare) von der Lohn- und Einkommenssteuer absetzbar. Dies bewirkt, daß 22 oder mehr Prozent der Spende vom Finanzamt erstattet werden. Auf Wunsch versenden wir Spendenbescheinigungen. **Spendenbescheinigungen für Privatpersonen können nicht für Spenden ausgestellt werden, die — laut Überweisungsabschnitten — von Zellen oder anderen Gliederungen der Partei gezahlt werden.**

Soll der „Parlamentarisierungsprozeß" beschleunigt werden?

Die „Grünen-Debatte" von Bonn

Die Entwicklung in Hamburg, wo die Bürgerschaft, gestützt auf die Stimmen der Grün-Alternativen Liste den Mißtrauensantrag gegen Dohnanyi zurückwies, hat sofort eine breite politische Debatte unter den Bonner Parteien provoziert. Dabei werden durchaus unterschiedliche politische Stellungen deutlich. Vor allem aber der Versuch, die Grünen und Alternativen an die Bonner Parteien heranzuziehen.

Die FDP versucht mit aller Kraft, eine Diskussion über ein „Abwandern der SPD" zu den Grünen zu inszenieren. Nach dem Motto „Angriff ist die beste Verteidigung" wollen die Steigbügelhalter eines Alfred Dregger, geschockt von Echo auf ihren xten Umschwenk, der SPD den schwarzen Peter zuschieben. Dabei gab es auch Entgleisungen: wenn beispielsweise der FDP-Rechte Gatterman von den „Blut-und-Boden-Ideologen" der Grünen spricht. Und das bei einem Mann, der dem Völkischen Alfred aus Hessen zum Wahlsieg helfen will, damit der die Deutschen vor der Überfremdung retten kann. Das wurde — außer bei den jeweiligen Rechtsaußen — nicht so gut aufgenommen, da versuchten sich Verheugen und Genscher sachlicher. Ersterer sogar mit ein bißchen Lob.

Aber mit Sicherheit sind diese Entlastungsangriffe der FDP-Riege nicht das wichtigste an den jüngsten Ereignissen. Bedeutender ist es, die schnelle Mobilmachung der SPD-Rechten zu beobachten. So der Austritt des Nürnberger Oberbürgermeistes Urschlechter aus der SPD, weil das nicht mehr die Partei sei wie früher, sondern immer mehr klassenkämpferische Töne anklingen würden. Dabei wurde noch Hamburg genannt. Das mag nun, um wirksam zu werden, etwas vorschnell gewesen sein. Denn an maßgeblicher Stelle der SPD wird nur für eine Klasse gekämpft: für die Reichen, deren Macht und ihre Privilegien. Und das ist auch erkennbar für viele. Die Warnungen der Riege um Adolf Schmidt, den Vorsitzenden der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie, ein Bündnis mit den Grünen sei ein Bündnis gegen die Arbeiter, die sind da schon entscheidungsträchtiger. Leber stimmte sofort ein. Für diese Leute ist es das Allerwichtigste, außer der „ewigen Alternative" CDU-SPD nichts aufkommen zu lassen.

Ähnlich hat sich auch der Dortmunder OB Samtlebe ausgesprochen, wobei er speziell die AKW-Frage ansprach. Hier versucht die SPD-Rechte ohne Zweifel, die Karte auszuspielen, die die schwächste der Grünen ist: ihre Haltung gegen Großindustrie und Technologie.

Willy Brandt und andere Strategen aus der SPD-Führung setzen da eher auf Differenzierungsprozesse innerhalb der Grünen bzw. Alternativen Wahlbündnisse. Ein im „Spiegel" vor kurzem veröffentlichtes SPD-Papier über den „Parlamentarisierungsprozeß der Grünen" mag da eine wichtige Rolle spielen. Dabei setzt man natürlich auf solche Entwicklungen wie in Bremen oder Baden-Württemberg, wo die entsprechenden Abgeordneten längst eine Haltung an den Tag legen wie die anderer Parteien auch.

Der Kurs dieser Leute in der SPD-Führung ist darauf ausgerichtet, sich die Grünen/Alternativen als Mehrheitsbeschaffer zu besorgen, dort, wo es aufgrund der Wahlergebnisse oder der Haltung der FDP nötig ist. Dabei wollen sie natürlich keinerlei inhaltliche Konzessionen in den entscheidenden Bereichen machen. Das macht auch der Rundbrief Willy Brandts deutlich, der in dieser Woche veröffentlicht wurde.

Sein Inhalt läßt sich klar darauf reduzieren: keine politische Übereinstimmung, aber grünes Licht für nötige Zusammenarbeit. Dadurch wird natürlich auch der Druck auf die Grün/Alternativen verstärkt. Der Drohung, als Urheber eines „CDU-Staates" angeprangert zu werden, wird die Hand zu Koalitionsabsprachen beigefügt. Und dabei hat man sicher nicht nur diejenigen Grünen im Auge, wie die genannten aus Bremen und Baden-Württemberg, derer man sich jetzt bereits sicher zu sein glaubt, und es wohl auch sein kann. Sondern das geht auch in die Richtung der linkeren in Berlin und Hamburg.

Dabei gibt es heute zwei Fragen, denen man nicht nur in Bonn mit Spannung entgegensieht: Wie geht es in Hamburg weiter? Gibt es Grundlagen für die Duldung einer SPD-Minderheitsregierung durch die GAL? Was heißen soll: Werden dabei von der SPD wirklich politische Forderungen erfüllt, oder kann sie sich mit Duldung der GAL durchschlängeln? Und was wird aus Berlin? Die erarbeitete Gewaltresolution der AL aus Anlaß der Demonstration am Nollendorfplatz ist mehr als nur die Verurteilung einer Aktion, die abenteuerlich war. Unter dem Druck der öffentlichen, CDU-gesteuerten Hetze hat man nicht nur eine Absage an jene erteilt, denen Militanz um jeden Preis das Wichtigste ist und der politische Nutzen höchstens zweitrangig. Nein, die von der AL eingesetzte „Kommission 11. Juni" hat in ihrem vorgelegten Bericht viel weitergehende Feststellungen getroffen. Von denen zu hoffen ist, daß sie in den Diskussionen innerhalb der AL von den Mitgliedern abgelehnt werden.

Denn darin heißt es, die AL lehne „politische Strategien ab, in denen gewalttätige Angriffe auf die Institutionen des Staates oder Repräsentanten des Systems (...) praktiziert und gerechtfertigt werden." Die Konfrontation mit der Staatsmacht schränke die Überzeugung von alternativen Lebensformen ein, heißt es beispielsweise in den weiteren Ausführungen. In dieser Preislage wird noch viel weiter argumentiert — ein Dokument, mit dem wir uns demnächst noch im „Roten Morgen" weiter auseinandersetzen werden.

Man soll in diesem Papier gar nicht nur die Absage an eine Revolution sehen. Daß eine Revolution, auch ohne großen Bürgerkrieg, nicht ohne massenhaften militanten Kampf möglich ist, erscheint im Angesicht der Heftigkeit, mit der die Reichen dieses Landes ihren Reichtum heute schon verteidigen, als leicht einsichtig.

Aber es geht in dieser formulierten prinzipiellen Ablehnung ja noch viel weiter. Solche militanten Kämpfe, wie sie hier verurteilt werden, die finden heute beispielsweise auch schon in den belgischen Stahlrevieren statt, und dort sind sie eben deshalb nicht abenteuerlich, weil sie von der Mehrheit der dortigen Arbeiterklasse wenn nicht getragen so doch gebilligt werden.

Sollte dieser Bericht aus der Diskussion in der AL bestätigt hervorgehen, dann hat die allseitig angezettelte „Grünen-Debatte" aus Bonn allerdings bereits einen wichtigen Sieg errungen. Dann ist die Bündnisfähigkeit der Bonner Parteien mit den Grün/Alternativen bestimmt bereits mächtig gewachsen. Und das war ja auch, neben dem Druck auf bestimmte Teile der SPD, keine Träume von der Wiederkehr sozialdemokratischer Reformpolitik zu hegen, eines der Ziele dieser so plötzlich und intensiv ausgetragenen Diskussion.

Herr Kiep hat nicht nur zu Flick beste Beziehungen, sondern auch, über seine Versicherungsgeschäfte, zu VW — für das er als CDU-Spitze in Niedersachsen bestimmt auch einiges tun konnte...

Spendenaffäre Flick geht weiter

„Auf kleiner Flamme kochen"

So könnte man die Berichterstattung der bundesdeutschen Medien über die Bestechungsaffäre Flick bezeichnen. Im „Stern" gerade mal auf Seite 113 abgehandelt, im „Spiegel" etwas weiter vorne, beide Male sehr knapp. Offensichtlich darf das — zumindest jetzt noch nicht — allzu groß an die Öffentlichkeit. Und doch handelt es sich, nach allen bisher vorliegenden Tatsachen, um den eindeutigsten Fall finanzieller Vorteile, die einem Konzern verschafft wurden, der spendabel war.

Ja, man hat sich da allerdings getäuscht. Alle Welt dachte doch, Bonn habe den Flicks runde 1,2 Milliarden Mark geschenkt, die eigentlich fällig gewesen wären. Aber von dieser Summe geht alles in allem doch die eine oder andere Million wieder ab, die den Beschließenden zur Verfügung gestellt wurde. Sehr gut investierte Millionen übrigens, denn sie haben sich ja wahrhaftig verfielfacht.

Wer eigentlich nicht? Diese Frage taucht auf, wenn man die immer längere Liste derjenigen liest, die auf der Spendenliste des Herrn von Brauchitsch und seines Finanzmannes Diehl standen. Und: War man es bisher gewohnt, bestenfalls Politiker der zweiten Riege — mit Ausnahme von Franz Josef — unter Korruptionsverdacht zu sehen, so ist es diesmal wahrhaft anders, es ist die Bonner Prominenz. Und das dürfte auch der Grund für die seltsame Enthaltsamkeit der Presse, vom Fernsehen ganz zu schweigen, sein.

Denn es ist ja nicht nur der Mann mit dem Autogramm-Automaten, der Herr Kiep, der da genannt wird. Entrüstet, beziehungsweise vergeßlich, sind auch die Herren Kohl und Dregger, Ertl und Lambsdorff, einmal mehr Franz Josef Strauß und zum ersten Mal Willy Brandt.

Brauchitsch selbst wollte dazu nichts zu sagen, er gab aber auch niemandem einen Persilschein, auch Willy Brandt nicht, der auf der Liste mit immerhin 190000 Mark steht. Wie lang die Liste ist, weiß bisher niemand, und die Bonner Staatsanwälte fanden bisher auch noch niemanden, der vor der Entscheidung über die Milliardengabe an Flick sich unter Druck gesetzt gefühlt hätte. Nun ist es ja so, daß so ein Scheck auch nicht sehr drückt. Es soll schon Leute gegeben haben, die ganz im Gegenteil beim Mitführen eines solchen angenehme Gefühle verspürten.

Daß es Leute gegeben haben muß, die Geld für ihre „Leistung" bezogen, das ist schon heute klar. Der NRW-Landtagsabgeordnete Selle von der SPD bezog direkt 40000 Mark für seinen Wahlkampf und wurde von der Geschäftsleitung gebeten, sich für die Steuerbefreiung einzusetzen, was er auch tat. Wobei natürlich das eine mit dem anderen nichts, aber auch schon gar nichts zu tun hat. Sagt Selle.

Eigentlich wäre dies ein Thema für die Schlagzeilen der Presse, wie gesagt. Denn es ist doch ein Lehrbeispiel darüber, was in dieser parlamentarischen Demokratie möglich ist: daß die Reichen sich eben die Beschlüsse in Bonn einkaufen, wenn's sein muß auch ganz direkt und wörtlich. Und daß die Herren Sparpolitiker großzügig sind, wenn es um Milliardenbeträge für die Reichen geht, großzügig auch im Kassieren. Eigentlich wäre dies ein Anlaß, mal den Bundestag daraufhin durchzuforsten, wer eine weiße Weste hat. Will heißen: wer noch nie solche „Eine-Hand-wäscht-die andere"-Geschenke gemacht hat, sich für sie eingesetzt hat. Aber dann wäre es wohl anschließend im Plenarsaal noch leerer als bei den üblichen Debatten...

Gegen Nachzug von Ausländerkindern

„Bruder Johannes" wird unchristlich

Johannes Rau, Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, Chef der dortigen SPD-Alleinregierung und oft als evangelischer Aktiver in der Öffentlichkeit tätig, wird nun ganz und gar unchristlich. Die Familienzusammenführung — eigentlich doch Gebot christlicher Nächstenliebe — hat er sich aufs Korn genommen. Gemeinsam mit seinem Parteifreund Westphal.

Ja, genau der Westphal, der — glaubt man der Presse — im Angesicht der vom Kanzler Schmidt ausgearbeiteten Kürzungen im Sozialprogramm, in seinem Etat, sozusagen den Tränen nahe war.

Um was es geht: Am Mittwoch dieser Woche, also nach unserem Redaktionsschluß, will die Bundesregierung die „Eckwerte ihrer Ausländerpolitik" diskutieren und festlegen. Denn im Herbst soll es eine Ergänzung — im Bonner deutsch: Novellierung — der Ausländergesetzgebung geben.

Die Argumentation der SPD-Rechten ist dabei jenen unseren Lesern, die schon mit den Problemen der Diskriminierung ausländischer Mitbürger beschäftigt waren, bekannt. Man muß eine Integrationspolitik verfolgen. Das steht am Anfang der SPD-Aussagen und klingt so weit erst einmal ganz gut. Daraus folgt: Man muß in der Schule damit beginnen. Das ist so allein dahingesagt sicher falsch, aber es hat immer noch was für sich. Das aber geht nur von Anfang an, also ab erstem Schuljahr. Das ist nun schon die Bankrotterklärung der Bildungspolitik. Aber ganz heiß wird die abschließende Konsequenz: also dürfen Kinder, die über sechs Jahre alt sind, nicht mehr nachgeholt werden, Punktum!

Und da trifft man sich dann im Ergebnis mit den CDU-Lummers und Dreggers, die gegen die von ihnen befürchtete Überfremdung angehen mit deutsch-völkischer Argumentation.

Das will der neue Arbeits- und Sozialminister Westphal. Wegen der Kosten, wegen des „sozialen Friedens". Das will aber auch „Bruder" Johannes, „weil es eben nicht anders geht".

Es ginge schon anders. Wenn man beispielsweise alleine mal die rund 20 Millionen Mark, die in diesem Jahr der Verfassungsschutz zusätzlich für die Überwachung „extremistischer Ausländer" erhält in die nötigen Bildungsmaßnahmen investieren würde, das wäre schon ein Anfang. Und wenn es wirklich nur daran liegen würde, daß den Herren Ministern nichts anderes einfällt, dann wären zahlreiche Vorschläge da, die auch zu finanzieren wären. Übrigens nicht zuletzt auch von der doch recht großen Zahl evangelischer Christen, die sich mit dieser Problematik aus sozialem Engagement heraus befassen, nicht nur von uns Kommunisten.

Aber nicht aus Mangel an Argumenten leistet der evangelische Johannes Rau, Sozialdemokrat und zukünftiger Kanzlerkandidat lautstark im Gespräch, seinen Kollegen von den sogenannten christlichen Parteien unchristliche Gesellschaft. Die Diskriminierung von ausländischen Mitbürgern ist eine Bonner Allparteienpolitik, die von der CDU drastischer („auf keinen Fall Wahlrecht") und von der SPD gemäßigter („irgendwann einmal vielleicht kommunales Wahlrecht") verfolgt wird.

FRAUEN IN ALBANIEN

Eindrücke...

unter diesem Titel werden wir in Zukunft Beiträge von außerhalb der Redaktion, die den Rahmen unserer Seite Leserberichte und die Leserbriefe sprengen würden, unregelmäßig veröffentlichen. Diese Artikel stellen natürlich, wie auch die Berichte und Briefe, nicht immer die Meinung der Redaktion dar.

Im April dieses Jahres fuhren wir zusammen mit 13 anderen Frauen nach Albanien. Einige arbeiten in einer Frauengruppe in Kiel und wir haben uns irgendwann vorgenommen, die Lebensbedingungen der Frauen in einem sozialistischen Land kennenzulernen. Daher suchten wir in Albanien den Kontakt zu den Frauen, wollten sie an ihrem Arbeitsplatz und auch zu Hause erleben.

Um überhaupt die Situation der albanischen Frauen heute zu verstehen, muß man ihre Lage vor der Befreiung 1944 kennen. Dies wird auch immer wieder von den Albanern betont.

Ein albanisches Sprichwort besagt: „Eine Frau muß härter arbeiten als ein Esel; denn der Esel wird mit Gras gefüttert, die Frau aber ernährt sich mit Brot“. Damals durften die meisten Frauen, vor allem auf dem Land, kaum die eigenen vier Wände verlassen und wurden in völliger Unwissenheit gehalten: Waren 80 Prozent der Albaner Analphabeten, so waren es 90 Prozent der albanischen Frauen. Mohammedanerinnen, in manchen Gegenden selbst Christinnen, mußten verschleiert gehen; denn es hieß, ein Mann könne das Gesicht einer Frau nicht ansehen, ohne dadurch in Sünde zu verfallen. Revoltierte ein Mädchen gegen den Schleier, dann kam es vor, daß sie von ihrem Vater eigenhändig umgebracht wurde. Dagegen war der Mann nach dem Gewohnheitsrecht des Leke Dukagjini-Gesetzbuches berechtigt, die Frau zu prügeln und zu fesseln, wenn sie seinem Wort und seinem Befehl nicht gehorchte, war der Vater berechtigt, den Sohn und die Tochter zu prügeln, zu fesseln, einzusperren und zu töten. Mit fünfzehn Jahren galt sie im allgemeinen als heiratsfähig. Dann wurde sie in zahlreichen Fällen verkauft. Für 500 Groschen konnte man sich damals eine Frau kaufen. Für den gleichen Preis erhielt man damals auch einen Hund, um die Schafe zu hüten.

Die Dolmetscherin

Unsere erste Begegnung mit einer albanischen Frau hatten wir gleich bei unserem ersten Aufenthalt in Skodra, im Norden Albaniens. Rita wurde unsere Dolmetscherin und begleitete uns 14 Tage lang durch Albanien. Zuerst mußten noch Hemmungen und Sprachschwierigkeiten überwunden werden, da nicht alle von uns gut Englisch konnten, aber wir befreundeten uns immer mehr mit ihr und erfuhren viel von ihrer Familie und ihr selbst. Rita gehört zur jungen albanischen Generation, ist 22 Jahre alt, von Beruf Englisch-Lehrerin. Die Unterdrückung der Frau, den Krieg und das Elend kennt auch sie nur aus Erzählungen, sie hat schon alles das erhalten, um was sich der albanische Staat bei der Jugend sorgt, z.B. eine gute Ausbildung und — auch selbstverständlich für die albanische Frau — einen Beruf und einen Arbeitsplatz. Auf die Frage: „Willst du einmal heiraten? Ja selbstverständlich,auch Kinder, aber Beruf aufgeben, diese Frage scheint ihr unverständlich, nein auf die Idee, ihren Beruf wegen der Familie aufzugeben, kommt sie gar nicht. „In unserer Generation teilt man sich die Hausarbeit, da gibt es keine Probleme mehr, das sehe ich auch bei Freunden und meiner Familie“.

Ihre Mutter hat immer ihren Beruf als Ärztin ausgeübt, und ihre Geschwister ist jetzt alle in der Berufsausbildung oder sind schon fertig, Schwestern wie Brüder. Heute ist ihre Mutter Rentnerin (bei Frauen im Alter von 50 Jahren) und arbeitet aktiv im Stadtteil in der Demokratischen Front (Massenorganisation). Rita wohnt bei ihren Eltern, dies ist üblich, solange die Kinder nicht verheiratet sind. Sie hängt sehr an ihrer Familie und hatte immer etwas Sehnsucht nach ihrer Heimatstadt. Alte Menschen ohne Familie können ins Altersheim gehen. Rita erzählt, sie hatte sich schon mit ihrem Bruder gestritten, bei wem nun die Eltern später wohnen sollen. Jeder möchte mit ihnen zusammen wohnen.



In Lukova traf die Reisegruppe auch diese alte Partisanin mit ihrer Enkelin.

In den gemeinsamen 14 Tagen hat man das Gefühl, daß sich echte Freundschaft entwickelt. Uns trennt nicht viel von den albanischen Frauen, und ihre ausgesprochene Herzlichkeit untereinander und ebenso uns gegenüber tut ausgesprochen gut.

Wir erzählen von uns, sie will viel wissen. Doch da merken wir erst, daß uns doch Welten, nicht nur Kilometer trennen. Prostitution, Vergewaltigung, Gewalt in der Ehe, davon hat sie schon gelesen, doch wenn man alles direkt schildert, schüttelt sie erstaunt den Kopf. Eine ihr unverständliche Welt.

Erinnerung an einen Besuch

Wir genießen Saranda. Was für eine herrliche Landschaft. Heute am 9.4. steht auf unserem Programm Besuch auf der Staatsfarm Lukova, eine albanische Familie erwartet uns. Wir, 15 Frauen aus Westdeutschland, sind bei einer albanischen Familie eingeladen. Sie kennen uns doch gar nicht, trotzdem werden wir erwartet. Eine schöne Vorstellung.

Nach einer längeren Busfahrt über holprige Straßen, vorbei an sorgfältig terrassierten Bergen, halten wir in einem kleinen Dorf. Der Hausherr empfängt uns. Über einen steinigen Weg beginnt der Aufstieg zum Haus. Wir treten in das weißgetünchte Haus ein, werden in das Wohnzimmer geführt und versuchen alle Platz zu finden. Noch mehr Stühle sind notwendig. Der Raum ist übervoll. Wir fühlen uns etwas unsicher. Dann tritt die Großmujtter ein. Sehr klein, ganz in schwarz gekleidet, ein weißes Kopftuch. Sie lacht, freut sich, daß wir gekommen sind. Plötzlich fühlt man sich ganz zu Hause. Sie küßt jede, begrüßt jede einzelne mit einer unbeschreiblichen Herzlichkeit. Einige Frauen von uns müssen sich bücken, um diese herzliche Frau in ihre Arme zu schließen. Ganz hautnah spüren wir diese von vielen Freunden beschriebene Gastfreundschaft. Ungewohnt ist diese Gastfreundschaft für uns, man ist glücklich und fühlt,vor Freude müßte man jetzt weinen. Likör, Naschkram, Kaffee wird von der Tochter gereicht.

Dann erzählt sie. Ihre dunklen Augen, ihre Hände, alles erzählt mit. Wozu jetzt noch dolmetschen. Man versteht sie. Natürlich, partisa, die Partei hat den Wohlstand geschaffen. Wohnraum, natürlich auch den Fernseher, sie zeigt hin, Strom, Essen. Wir können es verstehen. Sie erzählt vom Hunger, wir verstehen die Worte — Faschisten — Partisanen. Sie hat ihnen das Brot gebacken, sie versteckt. Das Dorf war Zentrum des Widerstandes. Die deutschen Faschisten haben hier Massenermordungen gemacht, 52 Albaner. Wir fühlen uns betroffen. Wir sind schließlich Deutsche,und doch wissen wir hier, daß kein Vorwurf in ihrer Erzählung liegt, wir haben es schon bei der Begrüßung und Bewirtung gewußt. Der Schwiegersohn greift erklärend ein, als wir sagen, daß nie wieder deutsche Faschisten diesen Boden betreten werden und wir uns dafür einsetzen werden. Nein, Hitler sei schuld, der deutsche Soldat sei gezwungen worden, diesen Krieg zu führen.

Die Enkelin Tatjana, hellblond, ruft nach der Oma. Sie sitzt ruhig auf dem Schoß der Großmutter und beobachtet uns. Sehnsucht nach den Kindern zu Hause wird wach. Wie schön, daß hier die Generationen sich so gut verstehen und zusammen leben.

Draußen vor der Tür wird Abschied genommen. Zwei Frauen unserer Gruppe stellen fest, daß sie das selbe Alter wie die Großmutter haben. Es wird gelacht und sich besonders herzlich umarmt. Mensch, sagt eine, solche Großmutter möchten wir auch haben.

Bei diesem Besuch haben wir schneller und besser albanische Geschichte, die Begeisterung für die Partei und den albanischen Menschen begriffen und lieben gelernt, als durch vieles Lesen und Diskutieren. Eine wunderbare Frau, diese 68jährige Albanerin, wir können vieles von ihr lernen. Wir nehmen Abschied und haben noch viele weitere schöne, persönliche Begegnungen mit albanischen Frauen vor uns.

Um die heutige Situation der albanischen Frauen zu erläutern, bringen wir hier einige Notizen unserer Mitreisenden Ilse, die sie beim Gespräch mit dem Frauenverband Albaniens gemacht hatte. Zwei Frauen, eine ist Leiterin der internationalen Abteilung, kamen zu uns ins Hotel in Tirana. Es war von Anfang an eine lockere und angenehme Atmosphäre. Wir baten um eine kurze Einführung in die Entwicklung der Frauenbewegung nach der Befreiung 1944. „Die Frage der Frauenbewegung kann man nicht losgelöst von der Gesellschaft sehen. Schon im nationalen Befreiungskampf gegen die Faschisten haben die Frauen ihren Beitrag geleistet. Sie kämpften Seite an Seite mit den Männern in der Nationalen Befreiungsarmee, sie pflegten Verwundete, verteilten Propagandamaterial und sorgten für die Ernährung der Partisanen.

Mit der nationalen Befreiung 1944 wurden die Probleme der Frauen als Bestandteil der sozialistischen Revolution betrachtet. Hier begann dann auch die mühsame Arbeit der Frauen des Frauenverbandes, die Frauen zu mobilisieren und für ihre Rechte zu kämpfen. In den Anfängen sind sie von Tür zu Tür gegangen, um die Frauen von der Notwendigkeit ihrer Arbeit in der Produktion zu überzeugen und schließlich — nicht zuletzt — auch die Männer für die Mitarbeit zu gewinnen. Es wurden vom Frauenverband Kurse gestartet, um die Frauen von den Fesseln des Analphabetismus zu befreien.

Auf den Parteitagen hat Enver Hoxha (Vorsitzender der Partei der Arbeit Albaniens) die Wichtigkeit der Frauenfrage immer wieder betont. Um die Rechte der Frauen zu sichern, wurden besondere Gesetze erlassen, alte Sitten in Frage gestellt, aufgehoben und durch neue ersetzt. Heute ist dies Problem gelöst. 46 Prozent aller Werktätigen sind Frauen und haben somit ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit erreicht. Durch die Einrichtung von Kinderkrippen und Kindergärten ist der albanischen Frau die Möglichkeit gegeben, zu arbeiten. Das Anliegen der Partei ist es, die Frau nicht nur an der Arbeit zu beteiligen, sondern sie auch beruflich zu fördern. Wenn es um die Besetzung einer Führungsposition geht, spielt es keine Rolle, ob Mann oder Frau, sondern die Qualifikation für diesen Posten ist ausschlaggebend. Der Weg hierher war schwer, nicht nur für die Frauen, sondern auch für die Männer.“



Das Denkmal für die beiden jungen Mädchen, die von den Nazis in Gjirokastra zu Tode gefoltert wurden.

Ein Fragen-Katalog

Nach dieser Schilderung stellten wir unsere Fragen, sie kamen spontan, ohne Gewichtung und Reihenfolge.

Wie ist es mit der Verrichtung der Hausarbeit? Antwort: Das Ziel der Frauenbewegung ist, die Teilung der Hausarbeit zwischen Mann und Frau bewußt zu machen, so daß in der Familie die Emanzipation fortgesetzt wird. Dieses Ziel ist noch nicht erreicht. Aber bereits 1967 wurden z.B. alle Schulbücher, in denen das typische Rollenverständnis enthalten war, verändert und neu aufgelegt. Ebenfalls wurde die Erziehungsarbeit in den Schulen so ausgerichtet, daß alle Arbeiten, auch die Hausarbeit, von Jungen und Mädchen gemeinsam verrichtet werden. Gleichermaßen erhalten Jungen und Mädchen eine militärische Ausbildung.

Wie wird das in der Familie vorhandene Einkommen verteilt? Antwort: Das Einkommen wird in der Regel innerhalb der Familie diskutiert. Wobei auch noch die Eltern Einfluß nehmen, die in der Regel bei einem ihrer Kinder wohnen bleiben.

Familienplanung? Antwort: Kinder sind hier ausdrücklich erwünscht. Durchschnittlich hat jede Familie vier bis fünf Kinder. Jede Familie kann davon ausgehen, daß ihre Kinder auch für die Zukunft gut versorgt sind. Die Pille wird nicht benutzt. Traditionelle Verhütungsmethoden werden innerhalb der Familien überliefert.

Scheidungen? Antwort: Scheidungen gibt es wenig. Man versucht, die Ehe so lange wie möglich zu erhalten. Kommt es dennoch zu einer Scheidung, muß hierfür ein überzeugender Grund vorliegen. Meistens werden solche Probleme — oftmals von den Betroffenen selbst vorgebracht — in den albanischen Massenorganisationen (Frauenverband, Gewerkschaftsverband, Demokratische Front) oder in den jeweiligen Arbeitsgruppen im Betrieb diskutiert,so daß die Albaner bei der Lösung solcher Schwierigkeiten nicht allein gelassen werden.

Vergewaltigung (auch in der Ehe)? Antwort: Vergewaltigung ist kein Problem mehr in Albanien. Werden Vergewaltigungen oder Gewalt in der Ehe dennoch bekannt, werden sie sehr hart bestraft. Ohne Diskussion folgt dann Gefängnis.

Prostitution? Antwort: Es gibt ein allgemeines Lächeln. Die albanischen Frauen meinen, es sei in erster Linie eine Sache der reichen Männer früher gewesen. Prostitution gäbe es heute nicht mehr.

Was bleibt

Außer diesem Gespräch haben wir natürlich noch viel mehr erlebt und gesehen. Wir haben Albanien von der jugoslawischen Grenze bis hin zur griechischen Grenze mit dem Bus durchquert. Frühling in Albanien, d.h. nicht nur die ersten schönen grünen Bäume und Pflanzen, sondern auch harte Arbeit auf den Feldern. Riesige Felder bestimmen die Landschaft, und überall sind Berge terrassiert, auf denen angebaut wird. Albanien kann inzwischen den Eigenbedarf für seine Ernährung decken und darüber hinaus größere Überschüsse ausführen.

Wir haben nie gedacht, daß es so interessant sein könnte, in Albanien Museen zu besuchen. Die Albaner verstehen es, in den Museen die Geschichte zum Verständnis der jetzigen Zeit lebendig zu machen. So haben wir unter anderem ein ethnografisches Museum, die Ausstellung der augenblicklichen Agrar- und Industrieproduktionen „Albanien Heute“ und ein atheistisches Museum (seit 1968 ist Albanien das erste und bislang einzige atheistische Land auf der Welt) besucht. Am meisten beeindruckt hat uns das Waffenmuseum in Gjirokastra. Hier besichtigten wir nicht nur eine interessante Waffensammlung, sondern sahen vor allem die Gefängnistrakte, in denen die italienischen und deutschen Faschisten albanische Regimegegner und -gegnerinnen eingekerkert hatten. In zwei Folterkammern wurden zwei junge Mädchen von den Nazis zu Tode gefoltert.

Insgesamt waren wir sehr beeindruckt von den albanischen Menschen. Nicht nur von dem, was sie beim gesellschaftlichen Aufbau geleistet haben, sondern besonders fasziniert hat uns ihre schlichte, einfache und bescheidene Art.

Kaum waren wir in Jugoslawien, wurden wir wieder von Konsum, Werbung und Männern angemacht. Dies wäre und war in Albanien undenkbar. Es gibt dort keine Konsumwerbung, keine privaten Pkws, keine Anmache von Männern.

Wir hoffen sehr, daß dieses schöne und reizvolle Land auch in Zukunft davon verschont bleibt.

Gisela und Ursula, Kiel

Wer Albanien kennenlernen will, wende sich an: DAFG, Rüdiger Pier, Rellinger Str. 19, 2000 Hamburg, Tel.: (040) 8502736

Unter dem Deckmantel der „Wiedergutmachung"

Bundesdeutsche Hilfe an Israel

Hört man in all jenen Fällen, in denen Israel wieder einmal die Nachbarländer mit Krieg überzieht — und das war in den letzten Jahren oft der Fall — die Stellungnahmen der jeweiligen Bundesregierung, so fällt dabei am meisten auf, daß stets so getan wird, als habe die Bundesrepublik gar nichts Näheres mit Israel zu tun. Und schon gar nicht wird irgendwo öffentlich die Tatsache angesprochen, daß die BRD eine der wichtigsten Stützen der israelischen Militärmaschine ist.

Israel ist ein Land, das durch die allseitige Militarisierungspolitik die die Zionisten betrieben haben, am Rande des wirtschaftlichen Zusammenbruchs entlang wandert — absolut auf Hilfe angewiesen, die es dann auch überreichlich und in verschiedenen Formen bekommt.



Streubomben — von den USA in Vietnam erprobt — gehen über Beirut nieder. Es gibt die Unterstützung der NATO in allen Militärbereichen, auch modernste Waffen werden an Israel geliefert.

Vor allem von den USA. Nach verschiedensten Angaben kann man mit einer Größenordnung von 1,5 Milliarden Dollar im Jahr an ungebundener Finanzhilfe rechnen, die von dort nach Israel geht. Das gleicht ungefähr 60 Prozent des jährlichen Handelsdefizits Israels aus, das 1980 knapp 2,4 Milliarden Dollar betrug. Wobei amerikanische Waffen oder die Lizenzen zu ihrer Herstellung eines der Haupteinfuhrgüter sind. Die USA selbst bestreiten 20 Prozent des israelischen Außenhandels, die Bundesrepublik und die Niederlande jeweils etwas mehr als 10 Prozent. Diese drei Staaten, die also über 40 Prozent des israelischen Handels bestreiten, sie waren es ja auch, die praktische Aktionen gegen die Beginsche Kriegspolitik verhinderten und für lediglich papierenen „Protest" sorgten.

Die jährliche deutsche Wirtschaftshilfe, wenn man Steuerermäßigungen für Investitionen und Exporte miteinbezieht, betrug im Durchschnitt der letzten zwanzig Jahre rund 200 Millionen Mark. Nach 1970, als klar wurde, daß die wirtschaftlich wichtigen besetzten Gebiete aus dem Juni-Krieg von 1967 offensichtlich — zumindest für einige Zeit — „gehalten" werden konnten, da strömte auch zunehmend westdeutsches Kapital nach Israel. Waren noch 1970 lediglich 21 Millionen Mark in Israel investiert (und dies vor allem durch die Bank für Gemeinwirtschaft des DGB) so stieg dieser Betrag allein bis 1972 auf 181 Millionen Mark an. Wobei die Bauwirtschaft vor allem tätig war und hier am meisten die „Neue Heimat".

Alle diese von der Bundesrepublik nach Israel überführten Gelder werden noch überboten von den Zahlungen in Wiedergutmachung. Bereits 1953, als diese Zahlungen im Bundestag debattiert wurden, wandten sich die Abgeordneten der KPD dagegen, weil sie nicht den Opfern zugute kämen, sondern nur den zionistischen Organisationen, was dann auch geschah.

Schon damals begann die militärische Zusammenarbeit beider Staaten, in geheimen Verhandlungen zwischen Franz Josef Strauß und Simon Peres, dem damaligen sozialdemokratischen israelischen Kriegsminister. Erste deutsche Waffenlieferungen an Israel wurden seit Ende der fünfziger Jahre registriert.

Inzwischen ist dies verlagert worden: es gibt vor allem Kapitalhilfe, und die wiederum wird vor allem in den expandierenden Wirtschaftszweigen Israels eingesetzt. Und die beiden am meisten wachsenden Bereiche sind nun eben direkt die Rüstungsindustrie und die damit engstens gekoppelte Elektroindustrie. Der im Land produzierte Waffenanteil steigerte sich dabei von etwa 10 Prozent im Jahre 1970 auf fast die Hälfte im letzten Jahr — wobei davon wieder ein Viertel etwa in den Export geht.

An diesen Tatsachen kann man sehen, daß westdeutsche Hilfe für Israel insgesamt, auf allen Gebieten, eine wesentliche Bedeutung hat. Nach der der USA ist es für die Fortsetzung der israelischen Politik die wichtigste Hilfe. In den siebziger Jahren war Israel nach Brasilien das zweitwichtigste Land wirtschaftlicher Außenbetätigung. Dabei war nicht zuletzt die „Bereitstellung billiger Arbeitskräfte", nämlich die entrechteten Araber, ein wichtiger Faktor für diese Entwicklung. Wenn also in Bonn zuweilen über Israel geheuchelt wird, dann sollte man nie vergessen, daß Bonn ein Grund dafür ist, daß eine solche Kriegspolitik von der israelischen Regierung gemacht werden kann.

Einige Tatsachen

Rassismus in Israel

Der zionistischen Politik wird immer wieder Rassismus vorgeworfen. Das Gegenargument, das zumindest in der Bundesrepublik dazu stets vorgebracht wird, lautet, daß die Juden ja wohl kaum rassistisch sein könnten, nach den eigenen furchtbaren Erfahrungen, die mit dem Rassismus — vor allem dem der Nazis — gemacht worden seien. Betrachtet man sich jedoch die Wirklichkeit in Israel, so kann man leicht sehen, daß die Araber dort in einer noch viel schlechteren Lage sind als beispielsweise die ebenfalls rassistisch unterdrückten Minderheiten in den USA.

Der erste Bereich, an dem dies deutlich wird, ist das Erziehungswesen. Vor zwanzig Jahren beispielsweise, 1962 also hatte Israel 1,93 Millionen jüdische Einwohner und 263000 arabische. Ein Verhältnis von etwa 8 zu 1 also. Die Zahl der Inhaber von Aschlußdiplomen der Hochschulen zeigt aber ein ganz anderes Verhältnis: hier stehen 5702 jüdischen Absolventen ganze 76 arabische gegenüber. Grob gerechnet also hier 75 zu 1. Diese Zahl der Hochschulabschlüsse ist aber nur die Spitze eines Eisbergs, der vom Kindergarten über die Volksschule geht: die Zahl der Schulen, die Zahl der Schüler, die Zahl der Lehrer, die Ausstattung mit Lehrmaterial — alle diese Bereiche zeigen eine ständige und massive Benachteiligung der arabischen Bevölkerung.

Die soziale Aufteilung der Araber in Israel ist ebenfalls deutliche Sprache genug. Zu Anfang der 70er Jahre waren es rund 47 Prozent Landarbeiter und etwa 38 Prozent Arbeiter in der Industrie, der Rest war vorwiegend als Kleinhändler beschäftigt. Was für Arbeiten dabei für die Araber in der Industrie zu tun bleiben, das zeigt sich auch daran, daß Mitte der sechziger Jahre gerade 166 Araber eine der vier für sie eingerichteten Berufsschulen besuchten, die es im ganzen Land gab. Zur selben Zeit standen in den 138 jüdischen Berufsschulen rund 21100 Jugendliche in der Ausbildung.

Aber da Palästina ein agrarisches Land war, dessen Großteil der Bevölkerung auch auf dem Land lebte — noch in den siebziger Jahren lebten nur 13 Prozent der arabischen Industriearbeiter in den Städten — waren die entscheidenden Maßnahmen zur Unterdrückung der Araber auch diejenigen, die sich auf dem Lande abspielten. Und diese Geschichte beginnt natürlich schon lange vor der Gründung des Staates Israel im Zusammenspiel mit den reaktionären arabischen Großgrundbesitzern. Diese hatten eine ganz entscheidende Position: allein 13 von ihnen verfügten über sage und schreibe 20 Prozent des gesamten Bodens, mehr als die Hälfte dessen, was 65000 Kleinbauern besaßen. Der Landaufkauf von diesen Großgrundbesitzern — oft zusammen mit den darauf liegenden Dörfern — war die Grundlage einer ersten Vertreibung, eine sehr wichtige Basis für die Zionisten, die dies systematisch betrieben.

Nach der Gründung Israels wurde dies noch viel durchschlagender: Im Zeitraum von 1948 bis 1953 wurden 95 Prozent aller neugegründeten israelischen Siedlungen auf solchem Gebiet errichtet, wo vorher arabische Dörfer gewesen waren.

Bis in die Mitte der sechziger Jahre hinein wurde die arabische Landwirtschaft regelrecht ausgehungert — ganze fünf Dörfer hatten elektrischen Strom und nur drei Prozent der Fläche war bewässert. Alle staatlichen Kredite gingen an die israelisch-jüdische Landwirtschaft. In der Zeit danach, als sich Mitte der sechziger Jahre erneut die Unruhe unter den Palästinensern regte, versuchte man hier mit kosmetischen Mitteln zu beschönigen, ohne daß sich im Grundsatz etwas geändert hatte — keine Kredite für Bewässerungsanlagen, ganz langsamer Ausbau der Elektrifizierung. Aber auch ganz direkt werden durch die staatliche Aufkaufpolitik die arabischen Bauern benachteiligt — ihnen werden für dieselben Produkte niedrigere Preise bezahlt, was sich vor allem bei Tabak, Oliven und Hopfen besonders deutlich bemerkbar macht. Seit jeher wird beispielsweise arabisch produzierter Hopfen um 6 israelische Pfund je Tonne niedriger abgekauft als jüdisch erzeugter Hopfen.

Das Bild wird abgerundet durch die Möglichkeiten, die den Bauern geboten werden, technisch-wissenschaftlich die Produktion zu steigern und zu verbessern. Das Verhältnis der Schüler an landwirtschaftlichen Schulen beträgt 1:155.

Diese wirtschaftlichen und sozialen Fakten, die ein deutlicher Beweis einer rassistischen Benachteiligung sind, werden ergänzt durch die politische Diskriminierung. Mit der Gründung Israels wurden nicht nur alle arabischen politischen Parteien verboten und den arabischen Dörfern in Israel jede Vertretungsmöglichkeit genommen, sondern es wurde auch die Gewerkschaft der palästinensischen Arbeiter aufgelöst. Die zionistische Histadrut weigerte sich bis zum Beginn der sechziger Jahre, arabische Arbeiter als Mitglieder aufzunehmen. Verschärft wurde diese gesamte rassistische Politik in den nach dem zionistischen Juni-Krieg von 1967 besetzten Gebieten.

Denn bereits Mitte der sechziger Jahre war die Zahl der vertriebenen Palästinenser auf über eineinviertel Millionen Menschen angeschwollen, und in der 1974 der UNO vorgelegten Dokumentation lebten von 3350000 Palästinensern eine knappe halbe Million in Israel, 640000 im Westjordanland, das annektiert werden soll durch Begins neue Siedlungspolitik, die ganz im Stil der ursprünglichen Vertreibung durchgeführt wird, 400000 im Gazastreifen, 900000 in Jordanien und 320000 im Libanon, die anderen verteilt über verschiedene arabische Staaten.

Die Kolonisierungspolitik, die Begin im Westjordanland vor allem gegen den massiven Widerstand der Araber durchführen will, betrifft also einen großen Teil, nämlich rund 20 Prozent aller Araber, die aus Palästina stammen.

Proisraelische Kriegspropaganda

„Für Ordnung gesorgt"

Der Sprecher des Zentralrats der deutschen Juden, Nachmann, brachte es auf diese kurze Formel: Israels Truppen hätten eben, aufgrund ständiger PLO-Terrorakte mal „für Ordnung gesorgt". Diese Aussage traf er, als er im Namen des Zentralrats den Protest westdeutscher jüdischer Bürger gegen Israels Krieg verurteilte.

Damit brachte er die gesamte Propaganda, die in den westdeutschen Medien betrieben wird, auf einen Nenner. Was die „Bild"-Zeitung triumphierend vermeldet, nach dem Motto „Unsere jüdischen Jungs zeigen es den stinkigen Arabern" das zieht sich auch bei den gemäßigteren, vornehmeren Blättern und in Funk und Fernsehen durch. Kein Inverviewpartner, der Kritik an Israel anmeldet, der nicht sofort gefragt würde, ob er auch die PLO-Terrorakte kritisiert habe. Keine heftige Kritik am Beginschen Rassismus, der nicht sofort Hitlerscher Antisemitismus unterstellt würde.

Dabei stimmt es einfach, daß die Zionisten die Existenz eines palästinensischen Volkes von jeher geleugnet haben, um ihre eigene Staatsgründung nicht gegen den Vertreibungsvorwurf verteidigen zu müssen.

Dabei stimmt es einfach, daß die PLO eben die Palästinenser sind, daß eine Vernichtung der PLO auch eine Vernichtung von über 90 Prozent der Palästinenser bedeuten würde, die sich zu ihr bekennen.

Dabei stimmt es einfach, wenn man feststellt, daß diejenigen, die mit terroristischen Mitteln zu arbeiten begannen, eben die zionistischen Kampfgruppen der dreißiger und vor allem der vierziger Jahre waren.

Alles dies müßte den Propagandisten des Krieges so gut bekannt sein, wie es jedem bekannt ist, der sich etwas intensiver mit der Palästina-Frage befaßt hat. Aber sie machen diese Propaganda und unterschlagen diese Tatsachen. Denn es ist nach wie vor das Interesse des westdeutschen Kapitals, in Israel einen wichtigen, möglichst starken Partner zu haben, um in Nahost mit Krieg drohen zu können. Arrangiert hat man sich mit den Zionisten seit langem — schon zu Adenauers Zeiten als der Adenauer-Freund und Autor der Nürnberger Rassengesetze Globke noch Macher in Bonn war, und Tel Aviv erklärte, Bonn habe die Nazi-Zeit hinter sich gelassen. Oder als der Massenmörder Eichmann im Prozeß nichts über seine Beziehungen zu Bonner Größen der fünfziger Jahre sagen durfte, um die Beziehungen nicht zu belasten...

Die Lage im Libanon wird immer dramatischer

Die Supermächte verstärken Einmischung

Der israelische Belagerungs- und Vernichtungsring um Beirut steht nach wie vor. Vier Wochen nach Beginn des Überfalls auf den Libanon ist es den Truppen Begins zwar nach wie vor noch nicht gelungen, die libanesische Hauptstadt zu erstürmen, aber die Lage der Palästinenser und Libanesen in den umzingelten Stadtteilen wird immer schlechter. In dieser Situation verstärken die beiden imperialistischen Supermächte ihre Bemühungen, selbst einzugreifen.

Das sogenannte Angebot der USA, ihre Truppen zum Zwecke der Evakuierung der PLO aus Beirut anzulanden, stößt weltweit — außer in Tel Aviv und auch in Bonn — auf Widerspruch. Denn niemand glaubt sicher daran, daß die berüchtigten Ledernacken, einmal gelandet, auch wieder gehen würden. Die Wahrscheinlichkeit, daß sie damit vollendete Tatsachen schaffen wollen, um die von Begin geforderte US-Friedenstruppe zu realisieren, ist sehr groß.

Diese amerikanischen Vorhaben wiederum werden in Moskau benutzt, um seinerseits ebenfalls verstärkt aktiv zu werden. Nicht etwa zur Hilfe an die Palästinenser, sondern einerseits mit neuen Waffenlieferungen an Syrien und zum anderen mit der immer nachdrücklicher gestellten Forderung nach einer besonderen Nahost-Konferenz — mit Teilnahme der UdSSR versteht sich.

Die amerikanischen Schiffe vor der libanesischen Küste, die sowjetischen Waffen an Damaskus, alles dies sind Schritte, die zur Ausdehnung, nicht aber zum Ende des Konflikts führen können. Denn ein Ende ließe sich nur mit internationalen harten Maßnahmen gegen den Aggressor Israel erreichen. Die aber werden von keiner Seite mit Nachdruck gefordert, geschweige denn vorbereitet, im Gegenteil von den USA und der EG offen und direkt verhindert. Solche Maßnahmen aber werden von den großen Demonstrationen weltweit gefordert. Und nur so ein Vorgehen könnte aktuell die Leiden im Libanon beenden.

Was man an einem behördeninternen Papier alles so sehen kann

Bürokraten-Willkür als System

Da bekanntlich die Bundesrepublik, zumindest wenn man den Bonner Parteien und ihren Finanziers aus den Unternehmerverbänden glaubt, ein Staat von Parasiten, Arbeitsscheuen und sonstigem Gesindel ist, muß gespart werden. Weg vom Anspruchsdenken heißt das im Bonner Deutsch. Und damit das auch wirklich geschieht, muß man den Beamten auf den Ämtern, die mit sozialen Fragen zu tun haben, helfen.

So beispielsweise die Hamburger Wohnungsämter. Den dort Beschäftigten wurde vor kurzem eine Liste mit Argumentationshilfen übergeben. Hilfen für die Begründung von Ablehnungen von Anträgen Wohnungssuchender. Und das gleich in zwei Folgen. Da werden auf vier Seiten zweimal zwölf Gründe für die Ablehnung in verschiedenen Varianten aufbereitet. Unter anderem stehen da solche Begründungen wie:

„Sie haben ihre Notlage selbst verursacht, indem sie Räume bezogen haben, von denen Sie im Voraus hätten erkennen müssen, daß sie für Sie und Ihre Familienangehörigen zum Wohnen nicht geeignet sind."

„Sie haben ihre Notlage selbst verursacht, indem sie Familienangehörige aus dem Ausland nachgeholt haben, ohne vorher für ausreichenden Wohnraum gesorgt zu haben."

„Sie haben als Familie mit vier oder mehr Personen mehr als zwei Wohnräume zur Verfügung. Sie sind daher als mit ausreichendem Wohnraum versorgt anzusehen."

„Sie haben mehr als 8 qm Wohnfläche je Person zur Verfügung. Sie sind daher..."

„Die von Ihnen bewohnten Räume sind nicht nach dem Wohnungspflegegesetz für unbewohnbar erklärt worden."

„Von Ihnen als Alleinstehendem kann erwartet werden, daß sie selbst für eine geeignete Unterkunft sorgen."

Das ganze wird dann noch einmal, für diejenigen, die Einspruch erhoben haben, auf einem Ergänzungsbogen wiederholt.

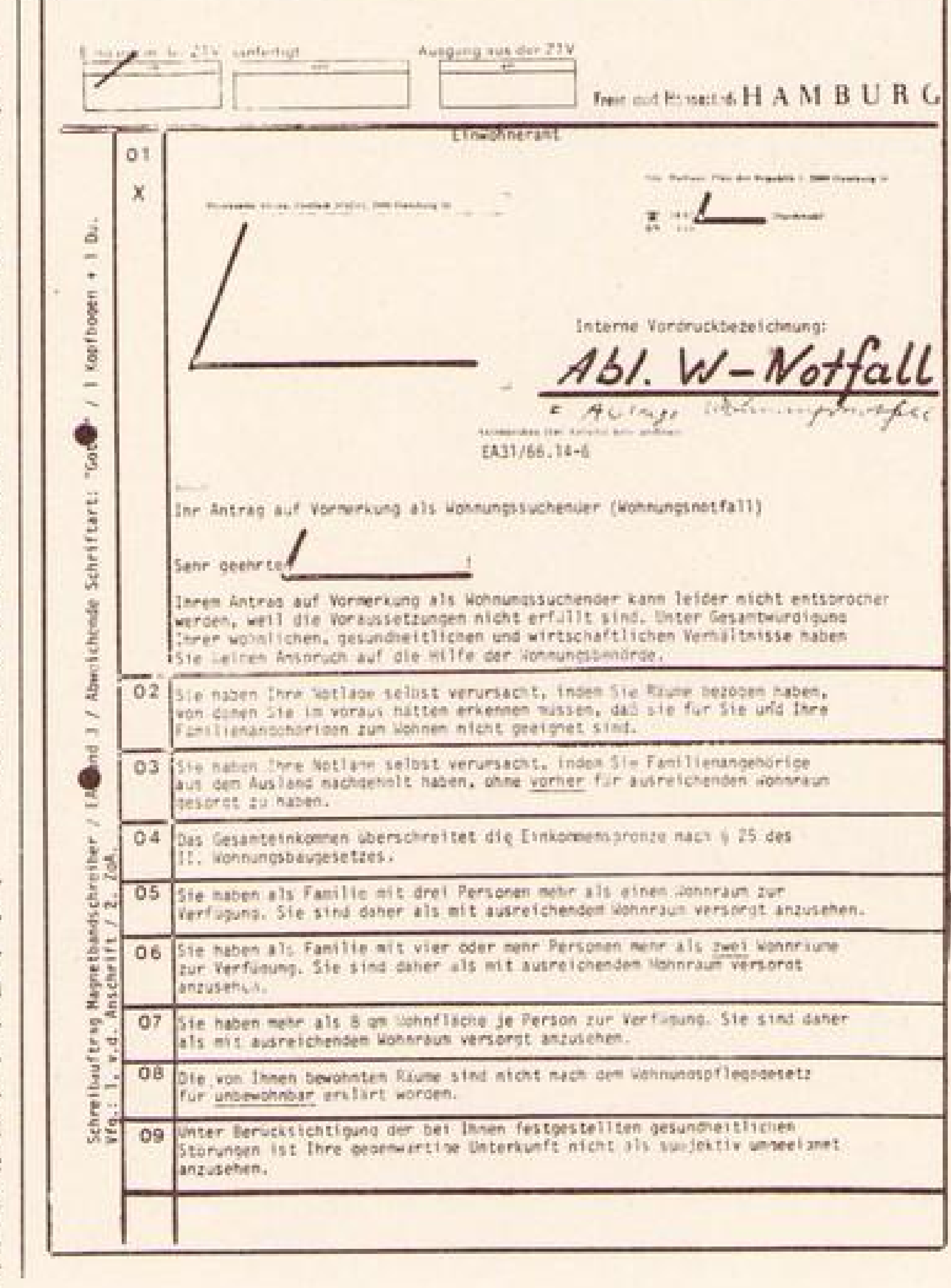
Die von uns wiedergegebenen sechs Begründungen für die Ablehnung eines Wohnungsgesuchs, das sind also Standardantworten, vorgedruckt sozusagen.

Man muß sich im Wohnungswesen nicht besonders auskennen, um zu wissen, daß acht Quadratmeter je Person nun wahrlich nicht viel sind. Mit Platz zum Aufstehen reicht das gerade für zwei Schreibtische auf dem Wohnungsamt. Der Chef desselben würde sich allerdings für eine solche Enge bei seiner wichtigen Säuberungsarbeit wohl bedanken.

Und wo es alles für Wohnungen gibt, die nach dem Wohnungspflegegesetz noch bewohnbar sind, dazu muß man nur einmal verschiedene verkommene Altbauten betrachten, die zu Spekulationszwecken nicht renoviert werden. Und Alleinstehende sind nicht alle der junge Krupp, der sich schnell mal ein Häuschen in Amerika beschafft, weil ihn der hiesige Pöbel anwidert. Hätte er freilich zur Kenntnis genommen, wie die Wohnungsämter hier mit diesem Pöbel umgehen, er hätte vielleicht doch Hoffnung geschöpft.

Jetzt möchte man sich mal vorstellen, was wäre, wenn... Wenn beispielsweise ein Amt den Herren von Thurn und Taxis einen Brief schreiben würde, worin steht: „Sie verfügen über mehr als acht Schlösser, sie sind daher mit zuviel Wohnraum versehen, wozu Sie durch nichts berechtigt sind." Oder, eben weil es ja aus Hamburg kommt, dieses Schreiben, an die Fürsten von Bismarck: „Sie verfügen über mehr als 8... Quadratmeter Wald. Dort können Sie sich eine Hütte bauen."

Hat hier jemand was von Klassengesellschaft gesagt?



Eingang in der ZIV | gefertigt | Ausgang aus der ZIV

Freie und Hansestadt HAMBURG

Einwohneramt

01 X

Interne Vordruckbezeichnung:

Abl. W-Notfall

EA31/66.14-6

Ihr Antrag auf Vormerkung als Wohnungssuchender (Wohnungsnotfall)

Sehr geehrte

Ihrem Antrag auf Vormerkung als Wohnungssuchender kann leider nicht entsprochen werden, weil die Voraussetzungen nicht erfüllt sind. Unter Gesamtwürdigung Ihrer wohnlichen, gesundheitlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse haben Sie keinen Anspruch auf die Hilfe der Wohnungsbehörde.

02	Sie haben Ihre Notlage selbst verursacht, indem Sie Räume bezogen haben, von denen Sie im voraus hätten erkennen müssen, daß sie für Sie und Ihre Familienangehörigen zum Wohnen nicht geeignet sind.
03	Sie haben Ihre Notlage selbst verursacht, indem Sie Familienangehörige aus dem Ausland nachgeholt haben, ohne vorher für ausreichenden Wohnraum gesorgt zu haben.
04	Das Gesamteinkommen überschreitet die Einkommensgrenze nach § 25 des II. Wohnungsbaugesetzes.
05	Sie haben als Familie mit drei Personen mehr als einen Wohnraum zur Verfügung. Sie sind daher als mit ausreichendem Wohnraum versorgt anzusehen.
06	Sie haben als Familie mit vier oder mehr Personen mehr als zwei Wohnräume zur Verfügung. Sie sind daher als mit ausreichendem Wohnraum versorgt anzusehen.
07	Sie haben mehr als 8 qm Wohnfläche je Person zur Verfügung. Sie sind daher als mit ausreichendem Wohnraum versorgt anzusehen.
08	Die von Ihnen bewohnten Räume sind nicht nach dem Wohnungspflegegesetz für unbewohnbar erklärt worden.
09	Unter Berücksichtigung der bei Ihnen festgestellten gesundheitlichen Störungen ist Ihre gegenwärtige Unterkunft nicht als subjektiv ungeeignet anzusehen.

Schreibauftrag Magnetbandschreiber / EA Bd 3 / Abweichende Schriftart: "Gothic" / 1 Kopfbogen + 1 Du.

Schmutzig! Schmutzig!

Der große Kummer der Flughafenpolizei

Die Polizei am Bonner Flughafen hat Kummer. Großen sogar. Den Polizisten stinkt es. Aber sie haben auch einen Chef, der sich für sie einsetzt. Wilfried Pünder heißt der Mann. Er ist Chef der Flughafenpolizei, und, wie es sich gehört, auch Vorsitzender der sogenannten Polizeigewerkschaft.

Und in deren Zeitung „blaulicht" ging er jetzt mit den Sorgen seiner Jungs an die Öffentlichkeit. Und fand durchaus Echo, denn der „türkeiinfodienst" fühlte sich bemüßigt, seinen Kummer weiter zu verbreiten. Allerdings ob dessen Leser viel Verständnis haben werden...

Denn vor allem den Türken gilt die Klage des Herren Pünder. „Wir können nicht aushalten, daß die Mehrheit der Türken dreckig sind und stinken." Einmal abgesehen davon, daß selbst des Herrenmenschen Pünders germanische Nase wohl bestimmt nocht nicht die Mehrheit der Türken berochen hat: Das ist noch nicht alles, der Knoblauch. Schlecht gewordene Lebensmittel und schmutzige Unterwäsche, darin müßte man stets bei den Passagierkontrollen an Türken herumwühlen. Und deshalb fordert dieser unnachahmliche Gewerkschafter von Zeus Gnaden eine Schmutzzulage für diejenigen Beamten, die die Türken kontrollieren müssen!

Wahrhaftig: ein dickes Ei! Einmal abgesehen davon, daß es auch Deutsche gegeben haben soll, die schon mal schmutzige Unterwäsche hatten — vielleicht nicht ein Mann wie Pünder, der außerdem wohl nicht kontrolliert wird, aber beispielsweise, wenn man sich mal Spinde in Betrieben angucken würde, wo mit Grauguß gearbeitet wird — ist uns ganz persönlich jedenfalls ein bißchen gebräunte Unterwäsche lieber als ein knackbraunes Hirn.

Konsequent wäre es ja nun, dem Mann zu helfen. Etwa indem man ihn von seiner aufreibenden Arbeit entfernt. Aber das Kölner Polizeipräsidium ist da gnadenlos, es hat ihn nicht suspendiert. Wiewohl selbst in hiesigen Gesetzen was drinsteht gegen Rassismus. Auch in Uniform. Offensichtlich zeigt die Klage des Germanen Pünder, daß es noch andere Orte gibt, wo es ganz viel schmutzige Wäsche zu waschen gäbe, bei der Polizei etwa. Aber der Blick der Saubermänner ist eben getrübt.

Jugendlager in Portugal — Jugendlager in Portugal — Jugendl

Der Urlaubs-Knüller

Für diejenigen, die immer noch nicht wissen, wo sie in diesem Jahr ihren Urlaub verbringen sollen, präsentiert die Kommunistische Jugend Deutschlands (KJD) den Urlaubsknüller: 2 Wochen Portugal in einem Jugendlager der UJCR (dem Jugendverband der Kommunistischen Partei/Wiederaufgebaut, unserer portugiesischen Bruderpartei). **Kostenlos!** Nur die Anreise mußt ihr selbst tragen.

Vom 1. bis zum 15. August führt die UJCR zusammen mit der JCE/ML (Kommunistische Jugend Spaniens/Marxisten-Leninisten) ein Jugendlager in **Comporta** durch. Comporta ist ein kleines Dorf in der Nähe von **Troia** (ein bekannter Touristenort) südlich von Lissabon am Atlantik. Comporta liegt 500 Meter von der Küste entfernt, der Zeltplatz nur etwa 50 Meter. Verpflegung und Unterbringung ist kostenlos. Zelte werden von den portugiesischen Genossen gestellt.

Neben viel Urlaub, Freizeit, Zeit zum Kennenlernen, sollen auf dem Lager zwei politische Themen behandelt werden: Kampf gegen die Kriegsvorbereitungen, unter Berücksichtigung der besonderen Bedingungen der iberischen Halbinsel, und: Der Kampf für die Rechte der Jugend — Arbeitslosigkeit, Bildung, Unterdrückung usw.

Also: Nichts wie hin!!!

Wer mitfahren will, melde sich bitte umgehend bei:

KJD, Wellinghofer Str. 103, 4600 Dortmund 30, Tel.: (0231) 433691. Dort erhaltet ihr nähere Informationen. Wenn es gewünscht wird, wenn ausreichend Interesse besteht, wir die KJD auch noch eine Bahnfahrt zum Lager organisieren.

Neues aus dem Bonner Selbstbedienungsladen

Für umsonst zur WM? — Und ob das geht!

Ein Tübinger Leser schickte uns kürzlich einen Ausriß aus dem dort erscheinenden „Schwäbischen Tagblatt". In anderen Zeitungen war zum Thema leider wenig zu finden, was erstaunlich ist, wo es doch um die Fußball-Weltmeisterschaft ging. Genauer: um die Fans.

Und zwar nicht um irgendwelche, auch nicht um solche, die Randale machen. Im Gegenteil: um fünf Bundestagsabgeordnete. Zwei von der SPD, zwei von der CDU und einer, im Schwabenland den Fußballfreunden leider bekannt, Herr Rösch aus Schwenningen von der FDP. Der nicht einmal Mitglied des Sportpolitischen Ausschusses des Bundestags ist, auf dessen Konto die ganze Reise lief.



Und das heißt: Der Steuerzahler hat den Bonner Fans ihren WM-Trip bezahlt. Nicht etwa, daß sie dafür dankbar gewesen wären und sich etwas bescheidener als sonst aufgeführt hätten. Nein, das nicht. Sie ließen sich in einem Sonderflugzeug runterbringen, teuerste Eintrittskarten vorausgesetzt, Hotel und Spesen, macht zusammen immerhin: 80000 Märker!

Soll man jetzt sagen: „...und das in einer Zeit, wo überall gespart wird?" Nein, meinen die fünf teuersten bundesdeutschen Fußballfans. Denn sie gehen natürlich aus höheren Gründen da runter. Und zwar: Zum Studium der Probleme des Fußballs in den Entwicklungsländern! Hallo, aber auch! Den Autor dieser Zeilen würde es zum Beispiel brennend interessieren, welche Probleme der Fußball in einem solchen Entwicklungsland wie Brasilien hat. Denn: Als die Herren in Spanien ankamen, da waren außer demselben Samba-Team und seinem Konkurrenten vom Rio de la Plata nebenan ja nur noch europäische Mannschaften beschäftigt. Die Mannschaften aus den sogenannten Entwicklungsländern waren bereits ausgeschieden — allerdings lagen die Probleme mit ihrem Fußball vor allem bei den jeweiligen Gegnern.

Und ob Leute wie Herr Rösch in der Lage sind, solche Probleme zu erkennen, geschweige denn zu lösen, das bleibt jedem fraglich, der weiß, daß dieser Herr als kurzzeitiger Vorsitzender des damaligen Regionalligisten BSV Schwenningen diesen ins sportliche und finanzielle Chaos stürzte.

Bleibt zu fragen, warum das alles nicht größer in der Presse zu lesen war. Haben die Drohungen eines Herrn Biedenkopf, der Journalisten, die kritisch zur ständigen Allparteienkoalition in bezug auf regelmäßige Diätenerhöhungen Stellung nahmen, vor den Kadi zerren will, etwa so eine Auswirkung? Oder ist ein solcher Skandal angesichts der immer neuen Bestechungsaffären nur noch ein Skandälchen, das nichts mehr hergibt für die Sensationsjournaille?

Es wäre doch ganz einfach: Jeder der Herren Volks... zahlt seinen Teil, am besten rasch und plötzlich: 16000 Mark. Und vielleicht, wenn sie das Problem doch so sehr beschäftigt, noch eine kleine Spende. Vielleicht für den bundesdeutschen Schulsport, der ja auch seine Probleme hat. Zu besichtigen bestimmt auch in Bonner Vororten zum Preis einer Straßenbahnfahrkarte. So als Ausgleich unter Gentleman für den kleinen „ehrenvoll gescheiterten" Betrugsversuch? Das allerdings würde voraussetzen, daß es sich bei den Fünfen um Ehrenmänner handelt...

hrw

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION ROTER MORGEN, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692.

4800 **Bielefeld 1,** Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr.

4630 **Bochum,** Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110.

2800 **Bremen** (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421 / 393888, geöffnet: Mi - Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

4600 **Dortmund 1,** Parteibüro der KPD, Stollenstr. 12, Eingang Clausthaler Str., Tel.: 0231 / 832328, geöffnet: Mo, Mi, Fr 17 - 19 Uhr.

4600 **Dortmund 30,** Zentrales Büro der KPD, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 433691 / 92.

4100 **Duisburg 12,** Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: 0203 / 443014.

4000 **Düsseldorf** (Eller), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Fr 17 - 19 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

6000 **Frankfurt 60,** Kontaktadresse: Peter Stecay, Linnestr. 13, Tel.: (0611) 491918.

2000 **Hamburg 6,** Buchladen „Roter Morgen", Schulterblatt 98, Tel.: 040 / 4300709, geöffnet: Mo - Fr 15 - 18 Uhr, Fr 11 - 13 Uhr, Sa 9 - 12 Uhr.

7100 **Heilbronn,** Kontaktadresse: F.-Helmut Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1

2300 **Kiel 1,** Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431 / 567702, geöffnet: Mo, Di + Fr 9 - 13 Uhr + 15 - 18 Uhr, Mi 9 - 13 Uhr, Do 9 - 13 Uhr + 15 - 18 Uhr, Sa 10 - 13 Uhr.

5000 **Köln 30,** Kontaktmöglichkeit zur Partei: Treff- und Lesestube „Neue Zeit", Marienstr. 37 a, Tel.: 0221 / 554956, geöffnet: Di + Fr 17 - 18.30 Uhr.

6700 **Ludwigshafen,** Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz/Saar: Willi Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: 0621 / 523966.

8500 **Nürnberg,** Parteibüro der KPD, Humboldstr. 103, Tel.: 0911 / 438043, geöffnet: Mi - Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.

7000 **Stuttgart 1,** Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 432388, geöffnet: Mi 17 - 19 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 **Berlin 65** (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Sprengelstr. 40, Tel.: 030 / 4653966, geöffnet: Mo - Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.